



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die Besucherinnen und Besucher sowie die Medienschaffenden zur dritten Sitzung des Jahres 2017.

Ab sofort diene die Alte Mühle wieder als Sitzungsort des Stadtrates. Seit der letzten Stadtratssitzung seien drei Monate vergangen. In dieser Zeit sei in Langenthal einiges passiert, wovon ein paar Highlights erwähnenswert seien:

- | | |
|-------------------------|--|
| Samstag, 29. April 2017 | <u>Tag der offenen Tür im Verwaltungszentrum.</u> Der sehr ansprechend gestaltete Tag sei auf sehr grosses Interesse gestossen. Auch die Führungen durch die Baustelle des Stadttheaters seien sehr begehrt gewesen. Sie danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für das grosse Engagement und gratuliere zum grossen Erfolg. |
| 10. Mai – 12. Mai 2017 | <u>Langenthal bewegt.</u> Allen Bewegungsmenschen sowie Bewegungsmuffeln sei die Gelegenheit geboten worden, einen Beitrag zu den Bewegungsminuten zu leisten. Die sehr schöne Streckenführung sowie die Arbeit der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer haben zum guten Gelingen dieses Anlasses beigetragen. |
| Samstag, 17. Juni 2017 | <u>Geburt Valentin Jakob.</u> Namens des Stadtrates gratuliere sie den Eltern Priska Grütter und Reto Müller zur Geburt von Valentin Jakob und wünsche der ganzen Familie von Herzen alles Gute. |

Im Publikum befinde sich die neue Vorsteherin des Amtes für öffentliche Sicherheit (Eintritt 1. Juni 2017). Namens des Stadtrates heisse sie Frau Judith Selma Voney herzlich willkommen.

Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 27. März 2017 sei vorliegend und via Homepage der Stadt Langenthal einsehbar.¹ Mit dem Dank an die an der Verfassung Beteiligten erteile sie der Protokollführung das Wort für den **Appell** zur heutigen Sitzung:

- 39 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenauflage seien vorschriftsgemäss erfolgt und zur Traktandenliste seien keine Bemerkungen angemeldet.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=105537>



1. Jahresrechnung 2016; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Bevor er inhaltlich auf das Thema eingehe, bringe er gewisse Vorbemerkungen an.

Wegen regulatorischen Vorgaben habe das Rechnungslegungsmodell geändert werden müssen. Neu komme das so genannte HRM2 (harmonisiertes Rechnungsmodell 2) zur Anwendung, was gewisse Konsequenzen auf die folgende Berichterstattung habe.

Mit HRM2 müsse eine neue Abschreibungsmethodik angewendet werden.

Neu seien die Anlagen entsprechend ihrer Nutzungsdauer und nicht mehr einfach nur mit 10% vom Buchwert abzuschreiben, was Konsequenzen auf die Höhe der Abschreibungen und damit auch Konsequenzen auf die Höhe des Defizits habe.

Freiwillige Abschreibungen seien nicht mehr möglich. Im Vergleich mit dem Vorjahr seien die Abschreibungen deshalb um rund Fr. 1,8 Mio. reduziert. Dieser Effekt sei im ersten Jahr nach der Umstellung massiv, werde sich im Laufe der nächsten Jahre aber reduzieren, womit die Abschreibungen mittelfristig wieder ein Normalniveau erreichen werden.

Bisher sei das Finanzvermögen mit einem "historischen" Wert in den Büchern verzeichnet gewesen. Das habe dazu geführt, dass gewisse Reserven damit nicht gezeigt wurden. Nach HRM2 sei dies nicht mehr möglich. Umbewertungen mussten, konnten oder durften vorgenommen werden, was zu einer Aufwertung von rund Fr. 11,36 Mio. führte. Durch diesen Betrag werde auch das Eigenkapital der Stadt optisch besser dargestellt.

Mittels differenziertem Erfolgsausweis werde der Blickwinkel auf die Jahresrechnung nach neuer Methode dargestellt. Die Darstellung der Geldflussrechnung und der ausgebaute Anhang seien ebenfalls vorgeschriebene Neuerungen.

stadtlangenthal

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Stadtratssitzung vom 26. Juni 2017;
Traktandum 1

Präsentation der Jahresrechnung 2016

Stadtrat vom 26. Juni 2017

stadtlangenthal

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Erstmalige Rechnungsablage nach HRM2

■ Neue Abschreibungsmethodik:

■ Zwischenzeitliche Senkung der Abschreibungen:

- keine freiwilligen Abschreibungen mehr
- ordentliche Abschreibungen: rund Fr. 1.8 Mio. reduziert
- nehmen aber Jahr für Jahr wieder zu

■ Aufwertung des Finanzvermögens: Fr. 11.36 Mio.

■ differenzierter Erfolgsausweis

■ Geldflussrechnung und ausgebauter Anhang

Stadtrat vom 26. Juni 2017

2



Im Jahr 2016 wurde ein Gesamtdefizit von Fr. 1,627 Mio., bestehend aus dem steuerfinanzierten Haushaltsergebnis und dem Ergebnis der Spezialfinanzierungen, ausgewiesen.

In dieser Form sei bis anhin nicht Bericht erstattet worden, da nach altem Recht nur der steuerfinanzierte Haushalt ausgewiesen worden sei.

Neu komme den Spezialfinanzierungen eine etwas prominentere Funktion zu.

Ein Vergleich der Rechnung mit dem Budget 2016 zeige, dass die Ergebnisse insgesamt besser seien als budgetiert. Die Verbesserung betrage rund Fr. 0,67 Mio.

Das Ergebnis des steuerfinanzierten Haushalts sei gegenüber dem Budget um rund Fr. 0,6 Mio. besser ausgefallen. Eine Erklärung für dieses erfreuliche Ergebnis werde er später liefern.

In der Spezialfinanzierung Abwasser werde ein minimal schlechteres Defizit ausgewiesen als budgetiert. Grund: Die Gebühren seien weniger stark gefallen als prognostiziert.

Erwähnenswert sei auch, dass die Gebühren auf das Jahr 2017 gesenkt worden sein, was im Zusammenhang mit dem hohen Bestand der Spezialfinanzierung stehe.

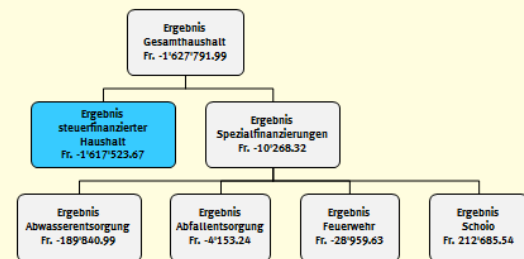
Die Abfallentsorgung weise ein Defizit von rund Fr. 4'000.00 auf, was ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis darstelle und aufgrund der noch nicht vor allzu langer Zeit umgesetzten Gebührensenkung erfreulich sei.

Die Spezialfinanzierung Feuerwehr weise gegenüber dem Budget ein grosses Defizit auf. Grund: Senkung der Taxen auf das Jahr 2016, was im Budget noch nicht entsprechend abgebildet worden sei.

Der positive Abschluss von plus Fr. 212'685.54 zeige, dass das Schoio die Kosten der Spezialfinanzierung im Griff habe.

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (I) – Schematische Darstellung



Stadtrat vom 26. Juni 2017

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (II) – Aufteilung und Budgetvergleich

in Fr.	Rechnung 2016	Budget 2016	Abweichung
Jahresergebnis ER Gesamthaushalt	-1'627'791.99	-2'296'387.00	+ 668'595.01
Jahresergebnis ER Steuerfinanzierter Haushalt	-1'617'523.67	-2'219'381.00	+ 601'857.33
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Abwasser	-189'840.99	-158'220.00	-31'620.99
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Abfallentsorg.	-4'153.24	-166'900.00	+162'746.76
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Feuerwehr	-28'959.63	224'614.00	- 253'573.63
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	-222'953.86	-100'506.00	-122'447.86
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Schoio	212'685.54	23'500.00	+189'185.54

Stadtrat vom 26. Juni 2017



Das neue Rechnungslegungsmodell verlange einen differenzierten Erfolgsausweis, um das Ergebnis aus verschiedenen Blickwinkeln darstellen zu können.

Das operative Ergebnis bestehe aus Finanzierungs- sowie aus Betriebsteilen. Das mit rund Fr. 4,5 Mio. ausgewiesene Minus im "Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit" verstehe sich inklusive aller Steuern und Gebühren.

Dem stehe das positive "Ergebnis aus Finanzierung" von rund Fr. 2,7 Mio. gegenüber.

Dieses schöne und ausserordentlich gute Ergebnis zeige auf, dass ertragsbringende Vermögensanlagen deutlich über den zu zahlenden Schuldzinsen liegen. Die sehr gute Eigenkapitalsituation der Stadt Langenthal helfe mit, das Defizit massiv zu verringern.

Um das Ergebnis von minus Fr. 1,617 Mio. analysieren zu können, gelte es die ausserordentlichen Faktoren zu berücksichtigen. Die drei dargestellten Sonderfaktoren basieren auf Volksabstimmungsbeschlüssen, die in der Rechnung entsprechend umgesetzt worden seien.

Die Berücksichtigung der Sonderfaktoren ergebe ein Defizit von knapp einer Million Franken. Im Verhältnis zum budgetierten Defizit (rund Fr. 2,2 Mio.) bedeute dies eine Besserstellung von rund Fr. 1,2 Mio.

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (III) – differenzierter Ausweis

Erfolgsrechnung	Jahresrechnung 2016		Budget 2016		Jahresrechnung 2015	
	in Fr.	%	in Fr.	%	in Fr.	%
Betrieblicher Aufwand	-82'230'313	100.0	-85'708'241	100.0	-91'394'445	100.0
Betrieblicher Ertrag	77'675'554	100.0	80'521'623	100.0	87'857'910	100.0
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-4'554'759	-8.5	-5'186'618	-6.4	-3'537'435	-4.0
Ergebnis aus Finanzierung	2'705'479		2'967'237		13'978'061	
Operatives Ergebnis	-1'849'280		-2'219'381		10'440'626	
Ausserordentliches Ergebnis	231'756		0		-13'941'361	
Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt	-1'617'524		-2'219'381		-3'500'735	

Stadtrat vom 26. Juni 2017

6

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses (steuerfinanzierter Haushalt)

Nominelles Ergebnis Fr. - 1'617'523.67

Sonderfaktoren

Auflösung Rückstellung AZH Fr. - 2'044'700.02

Übertragung Vermögen an Haslibrunnen AG Fr. 184'850.05

Einlage PK Primatwechsel Fr. 2'500'000.00

Ergebnis nach Sonderfaktoren Fr. - 977'374.64

Zur Information: Nominelles Ergebnis 2015:

Fr. - 3.50 Mio.

Bereinigt um Sonderfaktoren und mit HRM2-Grundsätzen:

Fr. ~ + 1.00 bis + 1.50 Mio.

Stadtrat vom 26. Juni 2017

7

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Positive Abweichungen zum Budget

Mehrerträge

■ Ertrag aus Buchgewinnen (netto), Ausgliederung "Haslibrunnen" Fr. 1.8 Mio.

■ Mehr-Fiskalerträge (v.a. Einkommenssteuern) Fr. 0.9 Mio.

■ Netto-Mehrertrag Informatik Fr. 0.2 Mio.

■ Netto-Mehrertrag Bestattungswesen Fr. 0.1 Mio.

Minderaufwendungen

■ Minderaufwand baulicher und betrieblicher Unterhalt Strassen Fr. 0.4 Mio.

■ Netto-Minderaufwand Betrieb Schulen (ohne Lehrergehaltskosten) Fr. 0.3 Mio.

■ Minderaufwand im Sport- und Kulturbereich Fr. 0.2 Mio.

■ Minderaufwand steuerfinanzierte Abschreibungen Fr. 0.1 Mio.

■ Minderaufwand für allgemeine Verwaltungstätigkeit Fr. 0.1 Mio.

Verbesserung

Stadtrat vom 26. Juni 2017

8

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Negative Abweichungen zum Budget

Mindererträge

■ Netto-Minderertrag bei den Finanzanlagen/-Schulden Fr. - 0.2 Mio.

Mehraufwände

■ Mehraufwand Übergangseinlage Primatwechsel PK Fr. - 2.5 Mio.

■ Netto-Mehraufwand bei den Finanz-/Lastenausgleichen Fr. - 0.5 Mio.

■ Mehraufwand Übernahme Defizit Stiftung für Alterswohnungen Fr. - 0.2 Mio.

■ Netto-Mehraufwand Werkhoftätigkeit Fr. - 0.1 Mio.

Verschlechterung

Stadtrat vom 26. Juni 2017

9



Mit den Steuereinnahmen im Jahr 2016 (rund Fr. 23,4 Mio. sei das beste Ergebnis seit jeher erzielt worden. In den Jahren 2007 – 2009 seien höhere Steueranlagen (2007: 1.53, 2008: 1.48, 2009: 1.48) zur Anwendung gekommen.

Die weisse Linie zeige den Budgetwert, womit ersichtlich sei, dass im Jahr 2016 etwas pessimistisch budgetiert worden sei. Die Budgetierung sei von der Aufhebung der Euromindestgrenze beeinflusst worden, da deren Auswirkung damals nicht absehbar gewesen sei.

Die Gewinnsteuern der juristischen Personen seien immer volatiler als die der natürlichen Personen.

Im Jahr 2016 sei der Steuerertrag des Jahres 2015 nicht erreicht worden. Trotzdem sei der in diesem Bereich erwartete Einfluss der Aufhebung der Euromindestgrenze im Jahre 2015 nicht so schlimm ausgefallen, wie budgetiert.

Die Situation der Gewerbe- und Industriebetriebe könne durchaus als stabil bezeichnet werden.

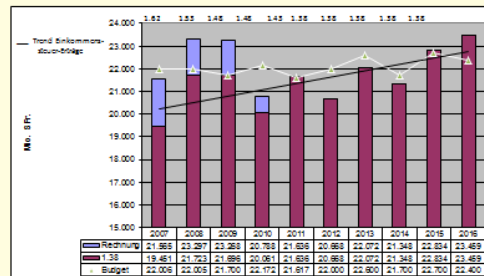
Die Budgetierung der Lastenverteilungssysteme stelle für die Kommunen eine grosse Herausforderung dar.

In den letzten 10 Jahren seien die Kosten von Fr. 14,6 um rund Fr. 3,8 auf Fr. 18,3 Mio. angestiegen. Mit Ausnahme des Jahres 2015 habe die Stadt Langenthal laufend Zunahmen zu verzeichnen gehabt.

Gegen diese Zusatzaufwendungen und Kosten könne von Seiten der Stadt nicht viel bzw. gar nichts unternommen werden.

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Einkommenssteuern NP 2007 – 2016 (Basis 1.38)

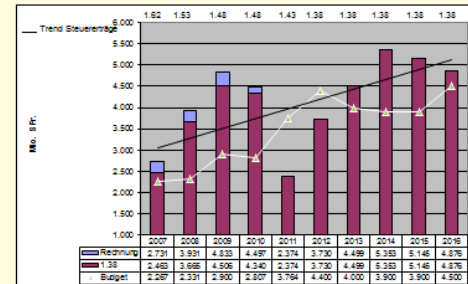


Stadtrat vom 26. Juni 2017

10

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Gewinnsteuern JP 2007 – 2016 (Basis 1.38)

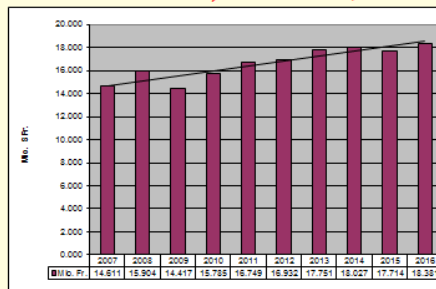


Stadtrat vom 26. Juni 2017

11

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Anteil Lastenverteilungssystem Kanton (2006 – 2016, I)



Ab 2009 keine Belastung mehr für Anteil AHV und Anteil IV. Mindestbelastung rund Fr. 2.5 Mio.

Stadtrat vom 26. Juni 2017

12



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Von den Fr. 18,3 Mio. habe die Stadt Langenthal für die wirtschaftliche Sozialhilfe Fr. 7,75 Mio. aufgewendet. Auf der anderen Seite gelte es sich bewusst zu sein, dass es die Stadt – wenn es sich nicht um eine Verbundaufgabe handeln würde – rund Fr. 11,0 Mio. kosten würde, um ihre eigenen Sozialhilfekosten zu tragen.

Die Geldflussrechnung ermögliche einen anderen Blickwinkel auf die Rechnung. Die Geldflussrechnung sei ein neues, vom Gesetzgeber gefordertes Element, über das Bericht erstattet werden müsse.

Die Geldflussrechnung zeige die Entwicklung der städtischen Geldmittel auf. Der Abgang von rund Fr. 6,243 Mio. lasse sich damit erklären, dass die betriebliche Tätigkeit ("Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit [Gesamthaushalt]") Einnahmen von Fr. 6,086 Mio. bringe, worin alle Steuern und Gebühren eingerechnet seien. Gleichzeitig seien aber Investitionen von rund Fr. 12,327 Mio. getätigt worden.

Da mehr Geld in die Investitionen geflossen als selber erwirtschaftet worden sei, resultiere der Differenzbetrag von Fr. 6,243 Mio. zu Lasten der Flüssigen Mittel 2016.

Von den Fr. 11,4 Mio. an Nettoinvestitionen seien effektive Sachinvestitionen für den steuerfinanzierten im Bereich von Fr. 6,0 Mio. getätigt worden.

Gemäss Investitionsplan seien für das Jahr 2016 Investitionen von rund Fr. 11,0 Mio. vorgesehen.

Die Realisierungsquote betrage demgemäss rund 55%.

stadtlangenthal

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Anteil Lastenverteilsystem Kanton (2006 – 2016;II)

Lastenausgleich: Vergleich mit Vorjahren und Budget

Konto	Bezeichnung	Budget 2017	Rechnung 2016	Budget 2016	Rechnung 2015	Rechnung 2014
1820.3421.05	Öffentlicher Verkehr	1'850'000.00	1'810'296.00	1'850'000.00	1'823'030.00	1'643'698.00
2640.3421.60	Neue Aufgabenteilung Gemeinde/Kanton	2'830'000.00	2'825'942.00	2'840'000.00	2'856'887.00	3'153'148.00
2640.4422.73	Finanzausgleich Disparitätenabbau	-1'900'000.00	-1'735'066.00	-1'900'000.00	-1'896'107.00	-1'618'991.00
2800.3421.01	Lastenausgleich Familienzulage	46'000.00	34'693.00	46'000.00	43'816.00	43'333.00
2800.3421.65	Lastenausgleich Ergrünungsleistung	3'500'000.00	3'312'406.00	3'470'000.00	3'240'149.00	3'041'867.00
5600.4421.50	Lastenausgleich Sozialhilfe	7'910'000.00	7'250'389.00	7'600'000.00	7'448'628.00	7'501'535.15
5600.4421.63	Sociodemografischer Zuschuss	266'500.00	266'519.00	245'000.00	257'001.00	261'503.00
8110.3411.7.4230.1	Gemeindebeitrag Lehrerbühne	4'552'640.00	4'549'119.90	4'173'352.50	4'612'601.48	4'504'153.90
Total		10'522'140.00	10'301'660.95	17'034'352.50	17'714'003.48	18'026'026.05

Stadtrat vom 26. Juni 2017

stadtlangenthal

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Übersicht Geldflussrechnung

Geldflussrechnung	2016
	in Fr.
Erträge (a) / Aufwandsüberschuss (c) steuerfinanzierter Haushalt	-1'617'523.67
Erträge (a) / Aufwandsüberschuss (c) Spezialfinanzierung Abwasser	-189'840.99
Erträge (a) / Aufwandsüberschuss (c) Spezialfinanzierung Feuerwehr	-6'153.24
Erträge (a) / Aufwandsüberschuss (c) Spezialfinanzierung Scholio	-28'959.63
Erträge (a) / Aufwandsüberschuss (c) Spezialfinanzierung Scholio	212'685.54
Abrechnungen und Veränderungen im Nettovermögen	7'714'461.90
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit (Gesamthaushalt)	6'086'669.91
Geldfluss aus Investitionstätigkeit (Gesamthaushalt)	-12'327'989.86
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit (Gesamthaushalt)	-2'525.50
Total Geldfluss	-6'243'745.45
Bestand Flüssige Mittel 31.12.	22'381'702.03
Bestand Flüssige Mittel 31.12.	16'137'957.58
Veränderung Flüssige Mittel 2016	-6'243'745.45

Stadtrat vom 26. Juni 2017

stadtlangenthal

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Investitionen 2016 (I)

■ Bruttoinvestitionen	Fr. 12.5 Mio.
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	Fr. 1.1 Mio.
■ Nettoinvestitionen	Fr. 11.4 Mio.
■ Davon Netto-Investitionen zu Lasten spezialfinanzierte Haushalte	Fr. - 1.1 Mio.
■ Davon Widmungen von Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen	Fr. - 2.3 Mio.
■ Davon Beteiligungen ins Verwaltungsvermögen (Haslibrunnen AG)	Fr. - 2.0 Mio.
■ Effektive Nettoinvestitionen zu Lasten steuerfinanzierter Haushalt	Fr. 6.0 Mio.
➤ Minderrealisierung gegenüber Investitionsplan 2016 (Steuerfinanzierter Bereich)	Fr. 5.0 Mio.
➤ Realisierungsquote: 55 %	

Stadtrat vom 26. Juni 2017

14



Die Realisierungsquote von 55% lasse sich einerseits auf zeitliche Verzögerungen zurückführen, die wegen der Erarbeitung von hochkomplizierten und hochkomplexen Projekten entstanden seien. Die Erarbeitung von Projekten wie ESP Bahnhof beispielsweise, führe regelmässig zu Verzögerungen.

Andererseits seien einige Investitionen, wie beispielsweise die Realisierung des Strassenlärm-sanierungsprojektes, günstiger abgeschlossen worden als geplant.

Vom Eigenkapital per 31. Dezember 2015 von rund Fr. 81,9 Mio. sei der Aufwandüberschuss (Defizit aus steuerfinanziertem Haushalt) von rund Fr. 1,6 in Abzug gebracht worden, woraus der sogenannte Bilanzüberschuss von Fr. 80,3 Mio. resultiere.

Gemäss neuem Rechnungsmodell werde das Eigenkapital, mit welchem das Defizit aus dem Steuerhaushalt getragen werden könne, neu als Bilanzüberschuss bezeichnet.

Zu den Werten, die neu zum Eigenkapital zählen:

Wichtig zu wissen sei, dass auch wenn in den Büchern ein höheres Eigenkapital ausgewiesen werde, die Stadt nicht einfach reicher sei. Der finanzielle Handlungsspielraum sei deswegen nicht grösser.

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Investitionen 2016 (II)

Grund für Minderinvestitionen gegenüber Investitionsplan 2016:

- Zeitliche Verzögerungen (z.B. ESP Bahnhof, Stadttheater, div. Strassenprojekte)
- ERFREULICH: günstigere Realisationen (z.B. Strassenlärm-sanierungen)

Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

■ Sanierung Stadttheater, Sanierungsprojekt	Fr. 1.4 Mio.
■ Sanierung Dachgeschoss Verwaltungszentrum	Fr. 1.2 Mio.
■ Schulzentrum Kreuzfeld 1 und 4	Fr. 0.9 Mio.
■ Sanierung Rasenfeld Stadion Hard	Fr. 0.5 Mio.
■ ESP Bahnhof	Fr. 0.4 Mio.
■ Strassenprojekte (Strassenlärm-sanierung, Murgenthalstrasse, etc.)	Fr. 1.2 Mio.
■ (Beteiligung Haslibrunnen AG	Fr. 2.0 Mio.)

Stadtrat vom 26. Juni 2017

17

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Eigenkapital (I)

Eigenkapital per 31. Dezember 2015	Fr. 81'988'906.77
- Aufwandüberschuss	Fr. 1'617'523.67
*Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2016	Fr. 80'371'383.10

*Eigenkapital gemäss HRM1 = Bilanzüberschuss gemäss HRM2

Stadtrat vom 26. Juni 2017

18

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Eigenkapital (II)

Eigenkapitalkategorien gemäss HRM2

Kategorie	Bestand 01.01.16 (in Mio. Fr.)	Bestand 31.12.16 (in Mio. Fr.)
Bilanzüberschuss (Reserven steuerfinanzierten Haushalt)	61.99 Mio.	80.37 Mio.
Reserven Spezialfinanzierungen	15.17 Mio.	14.95 Mio.
Vorrückstellungen (Wartung, Abwasser)	4.66 Mio.	7.37 Mio.
Neubewertungsreserve	0.00 Mio.	11.13 Mio.
Total Eigenkapital	101.82 Mio.	113.82 Mio.

Die Bildung der Neubewertungsreserve hatte keinen Geldfluss zur Folge

Stadtrat vom 26. Juni 2017

20



Es gelte zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Defizit von rund Fr. 1,6 Mio. bestehe, obschon das Defizit um Fr. 0,6 Mio. tiefer ausgefallen sei als budgetiert. Wenn auch die Sonderpositionen noch ausgliedert werden, dann führe dies zu einer Verbesserung gegenüber dem Budget von rund Fr. 1,0 Mio.

Die hohen Steuereinnahmen haben mitgeholfen, das Defizit effektiv kleiner zu halten als budgetiert.

Zur Kenntnis genommen werden könne aber auch, dass die Kosten der Verwaltungstätigkeit besser als budgetiert ausgefallen seien.

Der Finanz- und Lastenausgleich werde auch weiterhin eine grosse Herausforderung darstellen, zumal mit einem weiteren Anstieg der Kosten zu rechnen sei.

Die Abschreibungen werden mittelfristig wieder steigen, da der Rückgang durch den Systemwechsel verursacht worden sei. In diesem Zusammenhange gelte es sich zudem im Klaren zu sein, dass nach wie vor ein strukturelles Defizit im Umfang von Fr. 3,0 bis Fr. 4,0 Mio. bestehe, obschon dies in den Büchern nicht entsprechend zum Ausdruck gebracht werden könne.

Die Eckzahlen seien in der Broschüre "Rechnung 2016" auf Seite 77 im Detail aufgeführt.

In diesem Zusammenhang verweise er auch auf die Seiten 79/80 der Broschüre "Rechnung 2016". Auf diesen beiden Seiten sei der "Bericht des Rechnungsprüfungsorgans zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2016 der Stadt Langenthal" abgedruckt. Mit diesem Bericht bestätige die Ernst & Young AG, dass die soeben präsentierte Jahresrechnung 2016 den gesetzlichen Vorschriften entspreche. An dieser Stelle begrüsse er den im Publikum sitzenden Revisionsexperten der Ernst & Young AG Bern, Herrn Andreas Nenniger.

Mit dem Dank an das Finanzamtteam – unter der Leitung des Amtsvorstehers Mark Bucher – für die hervorragende geleistete Arbeit, schliesse er die Berichterstattung zur Jahresrechnung 2016 ab.

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (I)

- Erfreuliches Ergebnis: nominell - Fr. 1.6 Mio
→ Fr. 0.6 Mio. besser als budgetiert
- Defizit ohne Sonderpositionen: rund - Fr. 1 Mio.

Die wesentlichsten Positionen, die zur Ergebnisverbesserung führten:

- Netto-Buchgewinn aus Ausgliederung AZH (v.a. Auflösung Rückstellung)
- Mehrertrag Steuern
- Minderaufwand baulicher und betrieblicher Unterhalt Strassen
- Netto-Minderaufwand Betrieb Volksschulen und allg. Verwaltungstätigkeit
- Mehraufwand Pensionskasse „Finanzierung Übergangseinlage in PK“
- Netto-Mehraufwand Finanz- und Lastenausgleich
- Netto-Minderertrag aus Finanzanlagen/Finanzschulden

Sitzung vom 26. Juni 2017

21

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (II)

Zusammenfassung:

- Hohe Steuereinnahmen
 - Kosten der Verwaltungstätigkeit (Sach- und Personalaufwand): besser als budgetiert (Sachaufwand auch tiefer als im 2015)
 - Finanz-/Lastenausgleich: stetiger Anstieg (2015 als Ausnahme)
 - Abschreibungen: HRM2-bedingt tief, nehmen in den nächsten Jahren stetig zu
- ⇒ Folge: **Nach wie vor vorhanden – „Strukturelles Defizit“ im Umfang von Fr. 3 - 4 Mio.**

Sitzung vom 26. Juni 2017

22

Rechnung 2016 – Stadt Langenthal

Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Langenthal wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung	
Gesamthaushalt	Fr. - 1'627'791.99
Davon	
Steuerfinanzierter Haushalt	Fr. - 1'617'523.67
Abwasserentsorgung	Fr. - 189'840.99
Abfallentsorgung	Fr. - 4'153.24
Feuerwehr	Fr. - 28'959.63
Scholio	Fr. 212'685.54
Investitionsrechnung	
Ausgaben (Bruttoinvestitionen)	Fr. 12'512'594.41
Einnahmen (Subventionen)	Fr. 1'069'503.95
Nettoinvestitionen	Fr. 11'443'090.46

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Sitzung vom 26. Juni 2017

23



GPK-Mitglied Pascal Dietrich (FDP): Für die Geschäftsprüfungskommission stelle eine Jahresrechnung ein wichtiges Geschäft dar. Allerdings gebe dieses Geschäft der Geschäftsprüfungskommission nicht allzuviel zu tun, da die Prüfungsarbeit eigentlich von der externen Revisionsgesellschaft erledigt werde. Lediglich eine Delegation der Geschäftsprüfungskommission begleite die Arbeiten der Revisionsgesellschaft jeweils in gewissen Phasen.

Die Zusammenarbeit mit der Revisionsgesellschaft sei von zwei delegierten Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission auch dieses Jahr als sehr angenehm und in allen Teilen als völlig problemlos empfunden worden. Auch das Ergebnis der Prüfung habe keinerlei Probleme zu Tage geführt, was der Geschäftsprüfungskommission von den zwei Delegierten so kommuniziert worden sei und vom Gesamtgremium auch entsprechend zur Kenntnis genommen worden sei.

An dieser Stelle danke er namens der Geschäftsprüfungskommission den Mitarbeitenden des Finanzamtes und deren Vorsteher herzlich für die grosse Arbeit, die trotz der Umstellung von HRM1 auf HRM2 fehlerfrei geleistet worden sei.

Die Geschäftsprüfungskommission habe unter anderem über drei Punkte diskutiert:

- In der Nachkreditabelle sei eine zünftige Überschreitung bei den Spesen des Gemeinderates festgestellt worden. Die Geschäftsprüfungskommission sei informiert worden, dass diese Kosten auf die Gemeinderatsreise zum Ende der Legislatur 2013-2016 zurückzuführen seien. Diese Information vermöge dahingehend zu beruhigen, dass dies nur alle vier Jahre geschehe.
- Jahr für Jahr müsse ein Nachkredit für die Musikschule bewilligt werden. Diese Ausgaben seien sicher sinnvoll, aber nichts destotrotz ein Hinweis darauf, dass die Musikschule mit der Budgetierung nicht zurechtkomme. Ausserdem werde der Nachkredit jeweils als gebundene Ausgabe behandelt und damit begründet, dass es sich um höhere Kosten für den Musikunterricht handle, für die gemäss kantonalem Gesetz die Gemeinden aufzukommen haben, sofern kein Kostendach vereinbart sei. Der Geschäftsprüfungskommission sei aufgefallen, dass in der Leistungsvereinbarung mit der Musikschule kein Kostendach enthalten sei. Dieser Punkt sollte, wenn die Leistungsvereinbarung einmal neu ausgehandelt werde, berücksichtigt werden, ansonsten einfach und wie viel auch immer, zu zahlen sei.
- In der Broschüre "Jahresbericht 2016" (Seite 53) werde die Auslastung der SBB-Tageskarten von 95.60% als gut bezeichnet, was eigentlich sehr gut sei, aber trotzdem nicht ausreiche, da die Erträge der Tageskarten den Aufwand nicht ganz zu decken vermögen (Broschüre "Rechnung 2016" [Seite 116]). Dass dem so sei erstaune, weil bei der Einführung davon ausgegangen worden sei, dass es mit der erreichten Auslastung problemlos möglich sein sollte, das System verlustfrei zu betreiben und zu unterhalten. Auf diese Feststellung sei die Auskunft gegeben worden, dass die Verluste auf die jährlichen Preiserhöhungen der SBB zurückzuführen seien, bei denen die Stadt Langenthal nicht immer mitgezogen sei.

Die Rechnungslegung 2016 sei im Grossen und Ganzen tadellos erfolgt, weshalb er namens der Geschäftsprüfungskommission empfehle, der Rechnung 2016 uneingeschränkt zuzustimmen.

SVP-Fraktion, Ralph Burlon (SVP): Von der SVP-Fraktion sei die Rechnung 2016, die wie gewohnt sehr professionell und sorgfältig geführt worden sei, mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Die SVP-Fraktion danke dem Finanzamt unter der Leitung von Mark Bucher für die solide Arbeit. Wie in der Presse zu lesen gewesen sei, werde Mark Bucher die Verwaltung Ende Monat verlassen. Die SVP-Fraktion danke Mark Bucher für die geleistete Arbeit.

In der Rechnung 2016 werde ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 1,6 Mio. ausgewiesen, woraus eine Besserstellung gegenüber dem Budget von rund Fr. 0,6 Mio. resultiere. Obwohl dies soweit eine erfreuliche Entwicklung sei, gebe es keinen Grund um Freudensprünge zu vollführen. Gemeinderat Roberto Di Nino habe in seinen Ausführungen die Gründe für die Besserstellung geliefert:



Der Buchgewinn Haslibrunnen sei als Beispiel genannt worden. Sehr erfreulich sei die Entwicklung bei den Steuereinnahmen, die wiederum etwas höher ausgefallen seien, als im Vorjahr, womit diese Position den grössten Erfolgsfaktor der Rechnung darstelle. Auf der anderen Seite müsse die Übergangseinlage von Fr. 2,5 Mio. in die Pensionskasse wegen des Primatwechsels zur Kenntnis genommen werden.

Die vorliegende Rechnung sei erstmals nach neuem Rechnungsmodell HRM2 bilanziert worden. Die dadurch etwas tieferen Abschreibungen werden in den nächsten Jahren wieder zunehmen.

Durch das neue Rechnungsführungsmodell HRM2 werde das Eigenkapitals transparenter dargestellt. Aber auch betreffend diesen Punkt sei Vorsicht geboten. Die ausgewiesenen Fr. 113,8 Mio. seien natürlich theoretischer Natur, da die Reserven der Spezialfinanzierungen und die Aufwertung eine Rolle spielen. Relevant bleibe das so genannte "Freie Vermögen" von Fr. 80,37 Mio., welches neu als Bilanzüberschuss bezeichnet werde. In Anbetracht der Neuerungen von HRM2 stelle sich die Frage, wie die Rechnung einzuschätzen sei und welche Schlüsse daraus gezogen werden können.

Wichtig sei, das immer noch bestehende strukturelle Defizit abzubauen, um für die wirklich grossen Aufgaben, die in naher Zukunft anfallen, handlungsfähig zu bleiben, was aus Sicht der SVP ein klares Ziel sei.

Von der SVP-Fraktion werde die vorliegende Rechnung einstimmig genehmigt.

FDP/jll-Fraktion, Lukas Bissegger (jll): Namens der FDP/jll-Fraktion schliesse er sich dem Dank seiner Vorredner an Mark Bucher und seinem Team für die Ausarbeitung der sehr umfassenden Dokumentation an.

Die FDP/jll-Fraktion nehme mit Freude zur Kenntnis, dass das Defizit nicht in der budgetierten Höhe ausgefallen sei. Ein Wermutstropfen stelle nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion die Nachkreditthematik dar, obwohl die Summe gegenüber dem Vorjahr immerhin fast um die Hälfte halbiert worden sei.

Von der FDP/jll-Fraktion werde die Genehmigung der Rechnung 2016 einstimmig unterstützt.

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Namens der SP/GL-Fraktion stelle er erfreut fest, dass die Rechnung 2016 im Ergebnis besser abschneide als budgetiert. Wer die Fr. 600'000.00 gegenüber den Fr. 1,6 Mio. betrachte, stelle eine Verbesserung um etwa 27% fest. Wogen ein Vergleich der Gesamtausgaben von Fr. 94,45 Mio. mit Fr. 97,16 Mio. eine Verbesserung um etwa 2,8% zeige. Dieser Zahlvergleich mache deutlich, dass das Resultat von der Betrachtungsweise abhängt.

Auch die SP/GL-Fraktion danke dem Finanzamt unter der Leitung von Mark Bucher für die tolle geleistete Arbeit, die durch die Umstellung auf das HRM2-Modell bestimmt nicht einfacher gewesen sei.

Seit Jahren gebe Langenthal mehr aus, als eingenommen werde, womit mit strukturellen Defiziten kutschiert werden müsse. Natürlich befinde sich Langenthal in der komfortablen Situation, noch immer von den onyx-Millionen zehren zu können. Das Vermögen schmelze der Stadt aber unter den Fingern weg. Erfreulich dagegen sei, dass mit dem Geld bis anhin sinnvolle Sachen in die Wege geleitet worden seien, wie beispielsweise die Renovation des Stadttheaters oder die auf Vordermann gebrachten Infrastrukturanlagen. Allerdings verursache alles, was gebaut werde wiederum Abschreibungsbedarf, der zu einem späteren Zeitpunkt mehr und mehr zum Vorschein kommen werde.

Der Selbstfinanzierungsgrad um die 30% sei nach Ansicht der SP/GL-Fraktion schlichtweg inakzeptabel.

Das neue HRM2 habe die tückische Eigenart, mit relativ bescheidenen Abschreibungen zu beginnen, die dann aber bei entsprechender Bautätigkeit von Jahr zu Jahr zunehmen. Die Fehlbeträge werden dadurch auch in Zukunft ansteigen, was nicht nur die Planung zeige, sondern auch mit gesundem Menschenverstand zu erkennen sei. Trotz des Bilanzüberschusses von rund Fr. 80,0 Mio. müsse mit dem Geld vorsichtig umgegangen werden. Nicht die Verwaltung, sondern die Politik trage die Verantwortung für den Umgang mit den Mitteln. Die Politikerinnen und Politiker seien in der Pflicht, rechtzeitig Massnahmen zu treffen. Einfach zu sparen sei aber kaum eine Lösung. Wenn Langenthal als Stadt den Bürgerinnen und Bürgern etwas bieten und attraktiv bleiben wolle, müsse auch auf der Einnahmenseite etwas unternommen werden.



Die Rechnung selber sei Geschichtsschreibung, an der hier und jetzt nichts mehr geändert werden könne. Die SP/GL-Fraktion werde die vorliegende Rechnung genehmigen.

EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Die Gemeinderechnung 2016 werde von der EVP/glp-Fraktion grundsätzlich positiv gewürdigt. Das Defizit von Fr. 1,6 Mio. sei kleiner als budgetiert, und ohne Berücksichtigung der Sonderfaktoren wäre das Defizit sogar noch tiefer, bei rund Fr. 1,0 Mio.

Besonders positiv seien die überdurchschnittlich guten Steuererträge zu bewerten, die für die kommenden Jahre einen gewissen Optimismus aufkommen lassen und die auch zeigen, dass Langenthal als Wohn- und als Arbeitsort attraktiv sei.

In Bezug auf die Investitionen wiederhole sich jedes Jahr das gleiche Schauspiel: Alle Jahre wieder werden optimistische Investitionen budgetiert, wovon jeweils nur ein Teil realisiert werde. Nach Abzug von zwei Sonderfaktoren (Haslibrunnen und Widmungen von Liegenschaften) verbleiben im Jahr 2016 Fr. 6,0 Mio. von vorgesehenen Fr. 11,4 Mio. an Nettoinvestitionen zulasten des steuerfinanzierten Haushalts, was einer tiefen Realisierungsquote von 55% entspreche. Nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion sei dies zuwenig, weshalb in Zukunft alles daran gesetzt werden müsse, um die Quote erhöhen zu können; auch oder insbesondere, um die Attraktivität der Stadt mittels Werterhalt sicherzustellen.

Als Wermutstropfen werde von der EVP/glp-Fraktion die ellenlange Tabelle der Nachkredite im Umfang von Fr. 8,5 Mio. erachtet, die ebenso für ein immer wiederkehrendes Spektakel Sorge. Obwohl der Betrag nicht sehr hoch sei, werde der Nachkredit von Fr. 22'600.00 für die Gemeinderatsreise zum Abschluss der Legislatur 2013 – 2016 besonders kritisch beurteilt. Der alte Gemeinderat habe sich damit ein schönes Reise nach Rom auf Kosten der Steuerzahlenden geleistet.

Das strukturelle Defizit von Fr. 3,0 bis Fr. 4.0 Mio. werde den neuen Gemeinderat fordern, sich damit auseinanderzusetzen, ob z.B. dem Defizit mit Aufgabenverzicht und entsprechenden Massnahmen begegnet werden soll, und/oder ob der Weg einer moderaten Steuererhöhung eingeschlagen werden müsse. Fakt sei, dass die bisherigen Bemühungen mittels des AEA-Projektes nicht die erhoffte Wirkung gebracht habe, womit wahrscheinlich grössere Massnahmen in einem grossen Umfang zu erwarten seien.

Die EVP/glp-Fraktion genehmige die vorliegende Rechnung 2016.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die Jahresrechnung der Stadt Langenthal für das Jahr 2016 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2016; Kenntnisnahme

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP): Mit Inkrafttreten (1. Januar 2017) der revidierten Stadtverfassung, nehme der Stadtrat gemäss Art. 62 Abs. 2 nur noch Kenntnis vom Jahresbericht des Gemeinderates.

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der neue Gemeinderat lege dem Stadtrat den Jahresbericht des alten Gemeinderates vor. Wie jedes Jahr handle es sich dabei um die neuste Geschichtsschreibung der Stadtverwaltung. Wie alle Jahre bestehe die Gelegenheit, über die Aufmachung und über den Inhalt eine streitbare Auseinandersetzung zu führen.

Namens des Gemeinderates bitte er zu beachten, dass die Broschüre "Jahresbericht 2016" ein reines In-house-Produkt der Stadtverwaltung sei. Dementsprechend seien keine externen Kosten für Fotografen, Grafiken etc. entstanden. Zudem sei die Broschüre sogar im Haus vervielfältigt worden. Der Zweck und der Inhalt werde vom Gemeinderat nach wie vor höher gewichtet, als die Erscheinung gegen aussen, da sich der Bericht nicht unbedingt eigne, um damit hausieren zu gehen – was aus Sicht des Gemeinderates aber auch nicht nötig sei.

Dem Gemeinderat sei es vor allem wichtig die Arbeit der Stadtverwaltung, die der Verwaltungsleitung und die der beteiligten Behörden zu verdanken. Besten Dank an dieser Stelle an Alle für den Einsatz und die geleistete Arbeit.

Einige Glanzlichter habe es auch im Jahre 2016 gegeben:

- 16 Parlamentarische Vorstösse seien eingereicht worden. Die Anzahl sei aus Sicht der Verwaltung – trotz oder wegen des Wahljahres – überschaubar. Den Vernünftigen gebühre dafür ein grosses Merci.
- Die Bestände der Repräsentationsartikel seien geringfügig angepasst worden. Es gebe jetzt Kugelschreiber, Papiertaschentücher, Eiskratzer, Taschenlampen, Regenschirme, reflektierende Arm- und Beinbänder, USB-Sticks und Screen-Cleaner.
- In der Stadtverwaltung "fluktuieren" es wenig, obschon von Anderen etwas Anderes behauptet werde. 17 Austritte (inklusive Lernende und 4 Pensionierungen) seien zu verzeichnen, was eine tiefe Fluktuationsrate ergebe. Zu den offenen Stellen seien 560 Bewerbungen eingegangen. 17 Mitarbeitende haben ein Dienstjubiläum gefeiert.
- Langenthal verfüge über ein aktualisiertes kommunales Kunstbauten-Kataster, womit nun der exakte Zustand von 35 Brücken, 26 Fussgängerbrücken- und Treppen sowie 13 Unterführungen und Stützmauern bekannt sei; trotzdem habe es beim Blackout ein Blackhole gegeben.
- Die Tierdatenbank ANIS heisse neu Hundedatenbank AMICUS.
- Eigentlich hätten die Sozialen Dienste vom Kanton einen Bonus von Fr. 356'000.00 zu Gute gehabt, wenn der Regierungsrat das Bonus-Malus-System für das Jahr 2016 nicht wieder sistiert hätte.
- 12'962 Zuschauerinnen und Zuschauer seien im Stadttheater der Saison 2015/2016 zu Besuch gewesen.

Die Broschüre "Jahresbericht 2016" bestehe nebst den 69 Seiten Bericht aus drei Anhängen, auf die er nicht näher eintreten werde.



GPK-Mitglied, Bernhard Marti (SP): Alle Fragen der Geschäftsprüfungskommission seien vom Stadtpräsidenten beantwortet worden. Beispielsweise auf die Frage, weshalb der Verpflichtungskredit "*Stadttheater; Internetauftritt für das Stadttheater; Entwicklung und Implementierung (18. Mai 2016)*" (Seite 20 Broschüre Jahresbericht 2016") mit stolzen fast Fr. 120'000.00 aufgeführt sei, habe die Antwort gelautet, dass darin eben nicht nur die Kosten für die Website des Stadttheaters an sich, sondern auch das Ticketing-System für das Stadttheater inklusive der Beschaffung der Hard- und Software enthalten seien.

Der Geschäftsprüfungskommission sei auch mitgeteilt worden, dass für die Gemeindeinitiative der Juso zur Förderung der politischen Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt Langenthal, die sogenannte Partizipationsinitiative, vor Ablauf der Sammelfrist, kein einziger Unterschriftenbogen eingereicht worden sei, womit am 16. November 2016 das Scheitern der Initiative zur Kenntnis genommen worden sei.

Der Jahresbericht werde vom Stadtrat nur zur Kenntnis genommen. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er allen Mitwirkenden für die Bemühungen, den Bericht erstmals inhouse produziert zu haben. Das Ergebnis sei informativ, historisch und toll.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit des Geschäftes einstimmig festgestellt.

SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (parteilos): Für ihn als Ratsneuling sei es interessant, den Bericht als Mitglied des Stadtrates zu lesen. Wie Stadtpräsident Reto Müller gesagt habe, handle es sich dabei quasi um ein Geschichtsbuch, da darin Leute erwähnt seien (Thomas Rufener, Rolf Baer, Urs Amman, Urs Schneeberger, Jürg Häusler, Daniel Rüegger, Mark Bucher, Andreas Ryf, Adrian Vonrüti und viel andere mehr), die nicht mehr im Amt seien oder bis Ende des Jahres 2017 nicht mehr im Amt sein werden. Die meisten werden oder seien pensionsbedingt oder aber wegen der Amtszeitbeschränkung ausgeschieden, womit ein ganz grosses Knowhow sowie Vertrautheit und ein gewisses Vertrauen verloren gehe. Es liege an den neuen Leuten, dieses wieder aufzubauen. An dieser Stelle danke er namens der SP/GL-Fraktion all jenen, die mitarbeiten und die zum Teil ihr ganzes oder halbes Berufsleben in den Dienst der Stadt stellen oder gestellt haben.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Die FDP/jll-Fraktion habe den Jahresbericht mit grossem Interesse studiert. Auch die FDP/jll-Fraktion danke der Verwaltung für die Arbeit, obschon er es persönlich eigentlich eigenartig finde, bei jedem Geschäft Dank für die Arbeit auszusprechen, da es schliesslich zu den Aufgaben der Verwaltung gehöre, die Geschäfte zu behandeln und vorzubereiten. Beim vorliegenden Geschäft soll aber Dank ausgesprochen werden, da auch im Jahresbericht 2016 aufgezeigt werde, dass im Glaspalast Grosses geleistet worden sei.

Der FDP/jll-Fraktion sei aufgefallen, dass die Partizipationsinitiative ohne Unterschriften in der Versenkung verschwunden sei. Auch aufgefallen sei, dass an der Jungbürgerfeier noch 24% der Jungbürger teilnehmen. Bei diesem sehr tiefen Teilnahmewert, stelle sich die Frage, in wie weit die Durchführung dieses Anlasses überhaupt noch Sinn mache.

Persönlich rufe er dazu auf, in die Badi zum Frühschwimmen zu gehen, da die Eintritte für das Frühschwimmen (Seite 46, Broschüre "Jahresbericht 2016") beinahe um die Hälfte zurückgegangen seien (2015: 53 Eintritte/2016: 27 Eintritte). Handkehrum sei in Seite 48 (Broschüre "Jahresbericht 2016") ein starker Anstieg der Abfallmenge zu verzeichnen. Auf Seite 54 hingegen, sei nach stetigem Anstieg der Feuerwehreinsätze in den vergangenen Jahren, ein Rückgang verzeichnet, was der Feuerwehr zu gönnen sei. An dieser Stelle danke er den Frauen und Männern für den grossen zeitlichen Einsatz, den sie jeweils leisten.

Kritik ernte Anhang 2 "Richtlinien der Regierungstätigkeit". Einerseits sei es interessant und wertvoll so genau zu sehen, was alles geplant wäre. Andererseits seien ihm persönlich zwei Punkte aufgefallen, die mit einem falschen Status versehen worden seien:



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

- Bei der Massnahme "Verbesserung Abstellmöglichkeiten für Velos am Bahnhof" (Anhang 2 Broschüre "Jahresrechnung 2016", Seite 9) stehe, dass die Umsetzung von kurzfristig realisierbaren zusätzlichen Abstellmöglichkeiten für Velos am Bahnhof "erledigt" sei. Dabei handle es sich natürlich um eine Falschmeldung, da es beim Bahnhof in den letzten Jahren keinen einzigen Veloabstellplatz mehr gegeben habe, obschon der Stadtrat eine entsprechende Motion einstimmig überwiesen habe. Damals seien entsprechende Abklärungen getroffen und entschieden worden, abzuwarten bis ESP Bahnhof umgesetzt werde, da es in diesem Zusammenhang mehr Plätze geben werde. ESP Bahnhof habe aber etwas Verspätung, weshalb heute leider immer noch auf mehr Veloabstellplätze gewartet werden müsse, was allerdings begründet werden könne. Demgegenüber gebe es aber keinen Grund, den Status der Massnahme auf erledigt zu setzen.
- Bei der Massnahme "Schwimmbad: Unterhalts- und Sanierungskonzept" (Anhang 2 Broschüre "Jahresrechnung 2016", Seite 31) stehe, dass das Projekt und die Kreditgenehmigung für die Konzepterarbeitung erledigt sei, was zutreffe. Auf der nächsten Zeile "Konzeptumsetzung via Einzelkredite" sei der Status ebenso auf erledigt gesetzt worden, was erstaune, da sich seines Wissens in der Badi bis anhin noch nichts geändert habe. Er habe auf Rückfrage die Bestätigung erhalten, dass die Umsetzung noch erfolgen werde, ohne aber eine Erklärung zu erhalten, weshalb der Status bereits auf erledigt gesetzt worden sei. Auch diesen Punkt betreffend werde immer noch darauf gewartet, dass in der Badi etwas gehe.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Der sehr umfangreiche Bericht sei wohlwollend gelesen worden. Für ihn als neues Stadtratsmitglied komme der Bericht eher einem Buch gleich, worin er viel Interessantes und Neues gelesen habe. Persönlich finde er es schade, dass der Bericht inhouse erstellt bzw. nicht einfach nur als PDP-Datei zur Verfügung stehe.

Die SVP-Fraktion spreche den Verfassenden ein Lob aus und danke für die geleistete Arbeit.

EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP): Die EVP/glp-Fraktion habe den Bericht zur Kenntnis genommen und danke allen daran Mitwirkenden (Amtsleitende, Mitglieder Stadtrat, Lernende, etc.).

Die EVP/glp-Fraktion spreche dieses Jahr dem Gemeinderat besonderen Dank aus, der zwar nicht mehr in gleicher Besetzung wie im Berichtsjahr amtierte, aber bestimmt auch dieses Jahr ähnlich Vieles und Gleichartiges zu erledigen habe, wie der Gemeinderat im vergangenen Jahr. Beispielsweise sei vom Gemeinderat ein Kredit bewilligt worden, womit die Hauswartwohnung im Schulzentrum Hard für schulische Zwecke sowie für die Erweiterung des Unterrichtsraums Heilpädagogik habe ausgebaut werden können. Die Arbeit des Gemeinderates sei unglaublich vielfältig, was sich unter anderem daran zeige, dass die Kreditabrechnung für einen neuen Hubstapler des Werkhofs bewilligt worden sein. Weiter seien die Tarife des Alterszentrums Haslibrunnen für das Jahr 2016 genehmigt und die Badiöffnungszeiten abgesegnet worden. Auch ein Leistungsvereinbarungsvertrag zwischen der Stadt Langenthal und der GVB betreffend die Grosstierrettung sei abgeschlossen worden. Der Gemeinderat habe auch einen Mietvertrag mit der Swisscom AG Schweiz für die Antenne auf der Truppenunterkunft abgesegnet, etc., etc.

Die EVP/glp-Fraktion danke dem Gemeinderat herzlich für die Arbeit, deren Aufgabenvielfalt sich bestimmt nicht nur an Mittwoch-Nachmittagen während der Gemeinderatssitzungen bewältigen lasse, sondern weit mehr Zeit benötige.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**
 1. **Vom Jahresbericht für das Jahr 2016 wird Kenntnis genommen.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Sanierung Strassenoberbau und Kanalisation Bahnhofstrasse, Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse, inkl. Knoten Bahnhofstrasse/Aarwangenstrasse: Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredites

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

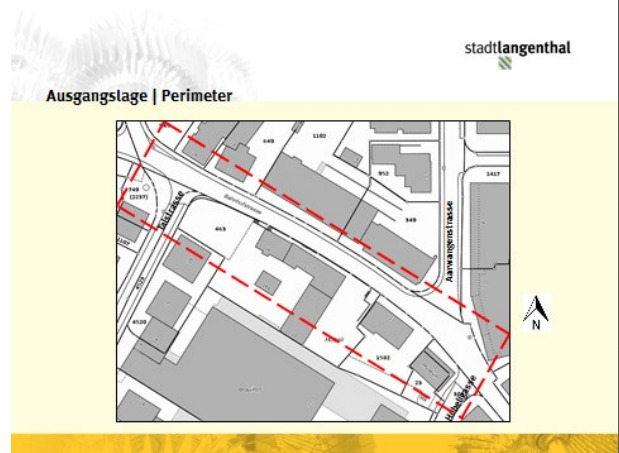
II Detailberatung:

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Zustand der Strasse sei bekanntermassen schlecht. Die Fahrbahnpflasterung sei schon seit längerer Zeit sehr stark deformiert. Die Ursache der tiefen Spurrille sei auf den Schwerverkehr zurückzuführen.

Die Fahrbahnlöcher werden seit einigen Jahren provisorisch mit Asphalt oder mit Belag gestopft, um die Strasse einigermaßen in Stand zu halten. Der ganze Fahrbahnoberbau müsse nun aber dringend erneuert werden.

Die Zustandsbewertung der Abwasseranlagen gemäss GEP zeige auf, dass in diesem Projektperimeter die Abwasserleitungen Schäden aufweisen und damit ebenfalls Sanierungsbedarf haben. Die IB Langenthal AG beabsichtige deshalb gleichzeitig mit der Sanierung der Strasse in diesem Abschnitt, die Wasserleitungen zu vergrössern, die Hydranten neu anzuschliessen und die seitlichen Hausanschlüsse zu erneuern.

Der Gemeinderat habe am 13. November 2013 der Ausarbeitung einer Planungsstudie zur Sanierung und zur Umgestaltung der Bahnhofstrasse zugestimmt. Das Ziel habe darin bestanden, für den Abschnitt Bahnhofstrasse-Hübeligasse-Talstrasse ein Betriebs- und Gestaltungskonzept auszuarbeiten, worin der Fokus auf die Umgestaltung der beiden Verkehrsknotenpunkte (Kreuzung zur Talstrasse und Hübeligasse-Aarwangenstrasse) gelegt und berücksichtigt werde.





Basierend auf dem von der Metron Verkehrsplanung AG ausgearbeiteten Betriebs- und Gestaltungskonzept vom 19. Januar 2016 sei in der Bau- und Planungskommission an zwei Sitzungen und vom Gemeinderat in einer Sitzung (10. Februar 2016) beschlossen worden, dass das heutige Verkehrsregime beibehalten werden soll. Was für Auswärtige vielleicht nicht immer einfach sein möge, stelle trotzdem die beste Lösung dar.

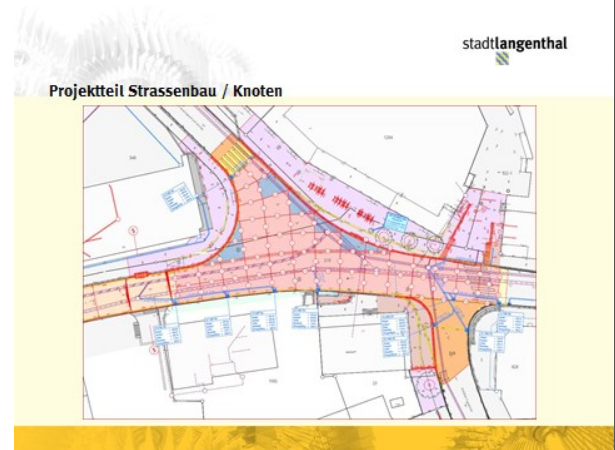
Eine genaue Betrachtung der Vorlage zeige, dass der Projektteil betreffend den Strassenbau bzw. die Fahrbahn, eine komplette Erneuerung brauche. Für den Oberbau in diesem Bereich sei der Einbau mit Walzasphalt für eine sogenannte frostsichere Fundationsschicht vorgesehen und sämtliche Randabschlüsse werden neu gesetzt.



Die von der Geschäftsprüfungskommission in diesem Zusammenhang gestellte Frage, wie hoch der Kostenunterschied zwischen einer Pflasterung und Asphalt sei, habe im Nachgang an deren Sitzung damit beantwortet werden können, dass eine Ausführung mittels Pflasterung anstelle von Asphalt in etwa Fr. 300'000.00 Mehrkosten für diesen Teil verursachen würde. Der Kostenvoranschlagspreis für Walzasphalt belaufe sich auf Fr. 367.00 pro m²; für die Pflasterung würde der m² rund Fr. 250.00 mehr kosten.

Der Knoten (Manor/Museum) bzw. die Vorzonen der Liegenschaften Aarwangenstrasse Nr. 2 wie auch die der Bahnhofstrasse Nr. 14 werden mit einem neuen Walzasphalt saniert. In der Vorzone der Liegenschaft Aarwangenstrasse Nr. 2 werden zudem drei neue Bäume gepflanzt. In der östlichen Vorzone des Museums werde ein neuer Baum gepflanzt.

Die drei Veloständer in der Vorzone der Liegenschaft Aarwangenstrasse Nr. 2 werden in den Bau integriert.



Die Gestaltung werde ähnlich sein, wie die Gestaltung der Veloständer beim Löwenplatz. Die Kopfsteinpflasterung in der Vorzone des Museums werde angepasst. Damit neu rechtwinklig in die Strasse eingebogen werde, werde die bestehende Mauer weiter nach vorne versetzt.

An Stelle der heutigen Pflasterung werde der Verkehrsplatz mit einer Betonplatte versehen. Die Betonplatte werde sehr dick und sehr schwer sein, um die Schubkräfte aufnehmen zu können, die auf der Schwerverkehrsrouten vom Typ 1 durch die Stadt wirken. Der Beton werde zusätzlich mit dem Hartstoff "Lonsicar" verstärkt und die ganze Betonplatte werde zudem mit einer Fugenstruktur versehen. Das Fugenbild werde bei der Gestaltung des Knotens soweit technisch möglich mitberücksichtigt. Als Trenn- und Abschlusselemente werden entlang der Betonplatte des Verkehrsplatzes neue Betonmauern erstellt, welche mit einer Granitplatte abgedeckt werden.



Die Kanalisation werde erneuert und alle vorhandenen Hausanschlüsse neu gesetzt. Auch alle bestehenden Schachtabdeckungen der Einstiege zu den Abwasserbauwerken in diesem Perimeter werden im Rahmen des Strassenoberbauprojekts ersetzt. Die IB Langenthal AG beabsichtige die im Projektperimeter befindliche Wasserleitung zu vergrössern. Bestehende Hydranten werden ersetzt und neu angeschlossen und die Hausanschlüsse werden ebenfalls erneuert. Die bestehenden Elektro- und Gas-Trassees bleiben dagegen unverändert.

Im Knotenbereich Bahnhofstrasse-Hübeligasse werde ein neuer Elektroschacht erstellt.

Im Jahr 1996 habe die Stadt Langenthal von der Einfachen Gesellschaft Brauihof das Quellrecht der Haslibrunnenquelle geschenkt erhalten. Die Quelleitung verlaufe von der bestehenden Brunnstube im Vorderaspiwald via Musterplatz-Untersteckholzstrasse-St. Urbanstrasse in die Bahnhofstrasse bis zum Hotel Bären, wo sie den Brunnen mit Quellwasser speise. Ab dem Bären verlaufe die Quelleitung als Leerrohr weiter bis in die Bahnhofstrasse. Eine Verlängerung der Quelleitung an die Hübeligasse bis zur Talstrasse – um den bestehenden Brunnen beim Museum und den bei der Liegenschaft Spichiger neu an die Haslibrunnenquelle anzuschliessen – würde Kosten von rund Fr. 55'295.00 verursachen. Beide Brunnen seien heute an der Wasserversorgung angeschlossen und kosten jährlich rund Fr. 600.00 (Frischwasserbezug). Das Stadtbauamt als auch der Gemeinderat seien aus wirtschaftlichen Gründen der Auffassung, dass die Quelleitung Haslibrunnen nicht bis zur Talstrasse verlängert werden soll, so dass der Betrieb auch weiterhin beim Hotel Bären ende.

Die private Quelleitung Fehrensen verlaufe im nördlichen Fahrbahnbereich der Bahnhofstrasse in Richtung Bahnhof. Die Leitung werde von den Privateigentümern saniert.

Aus den Unterlagen gehe eine relative hohe Diskrepanz zwischen den Kosten der Voranschlagspreise und der im Zuge der Submission erzielten Preise hervor. Zurzeit erhalte die Stadt für Bauprojekte sehr gute Angebote.

Was die finanzielle Tragbarkeit betreffe, so sei ein Teil der Strasse steuerfinanziert und nur für den Betrag für Fr. 900'000.00 nachgewiesen. Der beantragte Betrag von Fr. 952'000.00 führe zu zusätzlichen Finanzfolgekosten im steuerfinanzierten Bereich von durchschnittlich Fr. 2'000.00 pro Jahr.



stadtlangenthal

Darstellung der Kosten / Strassenbau

Strassenbau	
- Bahnhofstrasse mit Walzasphalt	Fr. 540'089.00
- Verkehrsplatz Beton (Knoten)	Fr. 430'752.00
- Umgestaltung Vorzonen	Fr. 358'391.00
- Fugensanierung Pflasterungen	Fr. 15'473.00
- Diverses	Fr. 19'590.00
Total Strassenbau Kostenvoranschlag	Fr. 1'309'000.00
././ Ergebnis Submission Bauarbeiten	<u>Fr. -357'000.00</u>
Total Kredit Strassenbau	Fr. 952'000.00



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

stadtlangenthal

Darstellung der Kosten / Kanalisation

Total Kanalisation Kostenvoranschlag	Fr. 210'000.00
./. Ergebnis Submission Bauarbeiten	<u>Fr. -50'000.00</u>
Total Kredit Kanalisation	Fr. 160'000.00

stadtlangenthal

Kreditantrag

Total Kredit Strassenbau	Fr. 952'000.00
Total Kredit Kanalisation	<u>Fr. 160'000.00</u>
Total Gesamtkredit	<u>Fr. 1'112'000.00</u>

Für den gebührenfinanzierten Teil (unter Boden), sei die Finanzierung nachgewiesen. Auch in diesem Bereich zeige sich eine Diskrepanz von der Ausschreibung zum Kostenvoranschlag.

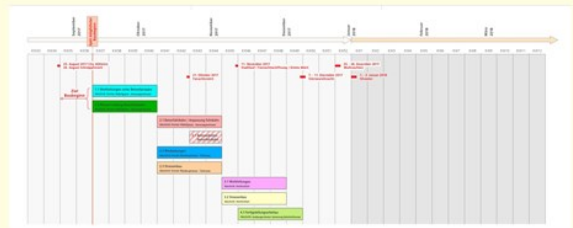
stadtlangenthal

Terminprogramm / spätester Baubeginn Mo 11. September 2017



stadtlangenthal

Terminprogramm



Gemäss Terminprogramm sei vorgesehen, beim Hauptknotenpunkt (vor Manor) zu beginnen. Bis spätestens September 2017 sollte gestartet werden können, weil am 11. November 2017 der Stadtlauf sowie die Fasnachtseröffnung und der Glatte Märli stattfinden. Der Bereich sollte vor dem Beginn der Starnewiehnacht fertig sein, um auf die Verkehrseinschränkungen im Stadtzentrum koordiniert reagieren zu können.

FDP/jll-Fraktion, Michael Schär (FDP): Die FDP/jll-Fraktion habe das Traktandum relativ lange in Bezug auf die Pflasterung und den Betonteil diskutiert und sei dabei mehrheitlich zum Resultat gelangt, dass die Asphalt- und Betonlösung für die Schwerverkehrsachse eine gute Lösung darstelle.



Auch über die Brunnen sei lange diskutiert worden, woraus folgender Antrag resultiere:



Die FDP/jll-Fraktion möchte, dass die Quellleitung bis zum Museum und bis zur Liegenschaft Spichiger verlängert werde, womit Mehrkosten von rund Fr. 55'000.00 ausgelöst würden.

Die FDP/jll-Fraktion wolle die Verlängerung aus ökologischer Sicht, weil sie es nicht für sinnvoll erachte, die Brunnen mit Frischwasser zu speisen.

Der Anlagehorizont der Leitung betrage 80 Jahre. 80 multipliziert mit Fr. 600.00 ergebe Fr. 48'000.00, was etwas günstiger sei, als der Gemeinderat berechnet habe. Die FDP/jll-Fraktion gehe davon aus, dass das Wasser in Zukunft teurer sein werde. Die FDP/jll-Fraktion wolle damit verhindern, in 20 Jahren hören zu müssen, dass Frischwasser zu teuer sei, um damit die Brunnen zu speisen, zumal davon ausgegangen werden könne, dass die Quelle weiterhin laufen werde.

Um den Brunnen des Museums zu erschliessen, würden heute etwa 5 bis 6 Meter fehlen. Ein Leerrohr sei bereits vorhanden, womit die Investition bereits gemacht worden sei. Nicht daran anzuhängen werde als Verschwendung gesehen.

Aus ökologischer wie auch aus ökonomischer Sicht (gerechnet auf 80 Jahre), mache er beliebt, dem Antrag der FDP/jll-Fraktion zuzustimmen und die rund Fr. 55'000.00 in den Kredit aufzunehmen, so dass die Brunnen auch in 80 Jahren noch laufen könnten.

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) nimmt den Antrag der FDP/jll-Fraktion entgegen und legt fest, zuerst den weiteren Fraktionssprechenden das Wort zur Abgabe einer Stellungnahme zur Vorlage zu erteilen und im Anschluss daran, den Antrag der FDP/jll-Fraktion zur allgemeinen Beratung freizugeben.

SP/GL-Fraktion, Simon Lüdi (SP): Wer per Velo oder Auto den Abschnitt zwischen Bahnhofstrasse-Hübeligasse-Talstrasse befahre, erkenne den Sanierungsbedarf des Strassenbelags. Aus Sicht der SP/GL-Fraktion mache es Sinn, diesen Abschnitt nicht zu pflastern und stattdessen einen Walzasphalt einzusetzen. Im Hinblick darauf, dass in näherer Zukunft neue Wohnungen im PTT-Gebäude entstehen werden, sei eine lärmdämmende Lösung zu bevorzugen. Natürlich sollen im Zuge der Sanierung die Werkleitungen auch aus Synergiegründen erneuert werden.

Der SP/GL-Fraktion erscheine es auch sinnvoll, am Knoten Manor-Aarwangenstrasse-Bahnhofstrasse eine Betonplatte einzubauen, weil es nicht sein könne, die Kreuzung alle paar Jahre neu sanieren zu müssen. Auch an der Umgestaltung der Vorzonen Aarwangenstrasse Nr. 2 und Bahnhofstrasse Nr. 14 gebe es aus Sicht der SP/GL-Fraktion nichts zu beanstanden.

Aufgrund dieser Erläuterungen empfehle die SP/GL-Fraktion das vorliegende Projekt zu genehmigen und dem beantragten Investitionskredit zuzustimmen.

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das vorliegende Geschäft einstimmig. Die Unterlagen würden ausführlich über das Sanierungsprojekt Auskunft geben. Auch die Sanierungsabläufe und die Ausführung des Strassenaufbaus seien darin nachvollziehbar erklärt.

Die Strassenpflasterung in diesem Bereich sei tatsächlich sehr stark deformiert. Als Fussgängerin habe sie letzte Woche mitbekommen, wie sich ein Pflasterstein auf dieser Strecke lautstark aus der Pflasterung gelöst habe. Ein solcher Vorfall könnte für ein Velo aber auch für ein Auto durchaus verhängnisvoll sein.

Antrag

FDP/jll-Fraktion

1. Das Projekt zur Sanierung der Bahnhofstrasse, Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse, inklusive Knoten Bahnhofstrasse/Aarwangenstrasse und zur Sanierung der Kanalisation (GEP-Massnahme Nr. 36, 1. Teil) wird, ergänzt um den Anschluss der beiden Brunnen beim Museum und der Liegenschaft Spichiger (Parz. 749) an die Quellleitung "Haslibrunnen", genehmigt.
2. Der für die Projektumsetzung erforderliche Kredit von insgesamt Fr. 1'167'295.00 (inkl. MwSt.) wird wie folgt zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt:
 - a) Konto Nr. 3200.5010.95 Strassenbau Fr. 1'007'295.00 inkl. MwSt.
 - b) Konto Nr. 3400.5032.93 Kanalisation Fr. 160'000.00 inkl. MwSt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Die ganze Sanierung verlängere die Lebensdauer dieses Strassenabschnitts und wirke zukünftig auch unfallverhütend. Auch die Mitsanierung der Kanalisation sei sinnvoll.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Sanierungsprojekt wie auch den Investitionskredit. Ausserdem werde die EVP/glp-Fraktion auch den Antrag der FDP/jll-Fraktion unterstützen.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Der Sanierungsbedarf sei diskussionslos gegeben. Die SVP-Fraktion finde es richtig, dass der Strassenabschnitt nicht gepflästert, sondern mit einem Betonoberbau aus Gussasphalt versehen werde. Mit dem Betonbau seien gute Erfahrungen gemacht worden (im Winter mit Salzwasser; im Sommer mit der Hitze). Ausserdem sei diese Ausführungsart erst noch günstiger.

Langenthal sei eigentlich so aufgebaut, dass wo sich Pflasterungen befinden, die Fussgänger Vortritt haben. Dementsprechend richtig sei es, diesen Bereich nicht zu pflastern, da auf diesem Fahrbahnabschnitt sicher niemand Fussgänger haben wolle. Einzig das Stück der Bahnhofstrasse (Fahrbahn UBS-Bank bis Manor) sei bis anhin noch falsch gestaltet.

Die SVP-Fraktion stimme der Sanierungsvorlage einstimmig zu. Von einer Mehrheit der SVP-Fraktion werde auch der Antrag der FDP/jll-Fraktion unterstützt. Auch in der SVP-Fraktion werde die Ansicht vertreten, dass der Anschluss an die Haslibrunnenquelle ökonomisch sinnvoll sei.

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zur freigegebenen allgemeinen Beratung des Antrags der FDP/jll-Fraktion vorliegen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Namens des Gemeinderates danke er für die Voten zum Bauprojekt selber. Mit dem Anliegen des Antrags der FDP/jll-Fraktion habe sich der Gemeinderat bereits im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung des Berichts und Antrags des Stadtbauamtes vom 19. April 2017 auseinandergesetzt. Der Gemeinderat halte an seinem damaligen Beschluss fest, dass sich der Anschluss der beiden Brunnen nicht rechne bzw. dass die Investitionskosten dafür zu hoch seien.

In diesem Fall zeige sich der Unterschied zwischen der Exekutive und der Legislative in Bezug auf den Anspruch und die politische Realität. Im Traktandum Nr. 1 des heutigen Abends sei dem Gemeinderat quasi gesagt worden, dass das strukturelle Defizit beseitigt werden müsse, dass genau hingeschaut werden müsse, wo und in was investiert werde und, dass jeder Franken zweimal umgedreht werden soll. Der Gemeinderat habe im vorliegenden Fall so gehandelt und entschieden, auf die Investition von Fr. 55'000.00 zu verzichten, weil der Anschluss an das Quellwasser ein nice to have wäre, zumal die Brunnen bereits mit Frischwasser gespeisen werden.

Dem Antrag der FDP/jll-Fraktion zuzustimmen heisse, die Brunnen im Betrag von Fr. 600.00 92 Jahre lang aus der Haslibrunnenquelle zu speisen. Heute sei nicht genau bekannt, in welchem Zustand sich die Haslibrunnenquelle befinde. Auch in der Annahme, dass der Zustand gut sei, gelte es sich bewusst zu sein, dass sich die zusätzlichen Fr. 55'000.00 auf 92 Jahre hinaus – auch mit dem neuen Rechnungssystem HRM2 – nicht abschreiben lassen. Im steuerfinanzierten Teil würde dadurch ein Finanzfehlbetrag pro Jahr von zirka Fr. 4'000.00 verursacht.

Abgesehen davon, seien die Brunnen bereits heute sehr schön, wie die Fotos zeigen.

Aufgrund einer Massnahme von AEA seien die Brunnen allerdings im Winter jeweils nicht in Betrieb.





Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP)

bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag der FDP/jll-Fraktion:

Antrag

FDP/jll-Fraktion

■ Der Stadtrat stimmt dem Antrag der FDP/jll-Fraktion mit 31 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) zu.

1. Das Projekt zur Sanierung der Bahnhofstrasse, Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse, inklusive Knoten Bahnhofstrasse/Aarwangenstrasse und zur Sanierung der Kanalisation (GEP-Massnahme Nr. 36, 1. Teil) wird, ergänzt um den Anschluss der beiden Brunnen beim Museum und der Liegenschaft Spichiger (Parz. 749) an die Quelleitung "Haslibrunnen", genehmigt.
2. Der für die Projektumsetzung erforderliche Kredit von insgesamt Fr. 1'167'295.00 (inkl. MwSt.) wird wie folgt zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt:
 - a) Konto Nr. 3200.5010.95 Strassenbau Fr. 1'007'295.00 inkl. MwSt.
 - b) Konto Nr. 3400.5032.93 Kanalisation Fr. 160'000.00 inkl. MwSt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen)¹ – in Berücksichtigung der beschlossenen Änderung gemäss Antrag der FDP/jll-Fraktion:
1. Das Projekt zur Sanierung der Bahnhofstrasse, Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse, inklusive Knoten Bahnhofstrasse/Aarwangenstrasse und zur Sanierung der Kanalisation (GEP-Massnahme Nr. 36, 1. Teil) wird, ergänzt um den Anschluss der beiden Brunnen (Museum und Liegenschaft Spichiger [Parz. 749]) an die Quelleitung "Haslibrunnen", genehmigt.
 2. Der für die Projektumsetzung erforderliche Kredit von insgesamt Fr. 1'167'295.00 (inkl. MwSt.) wird wie folgt zu Lasten der Investitionsrechnung genehmigt:

■ Konto Nr. 3200.5010.95	Strassenbau	Fr. 1'007'295.00	inkl. MwSt.
■ Konto Nr. 3400.5032.93	Kanalisation	Fr. 160'000.00	inkl. MwSt.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Anmerkung der Protokollführung: 1 Stadratsmitglied ist während der Abstimmung nicht im Saal anwesend.



4. Wahl eines Mitglieds der Volksschulkommission (Wahl von Wimmer Dirk [EVP], Rechtsanwalt, für die am 30. Juni 2017 zurücktretende Lanz Rahel [EVP], BSc Berner Fachhochschule/Sozialarbeit FH)

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP): Die EVP/glp-Fraktion schlägt Wimmer Dirk (EVP), Rechtsanwalt, als neues Mitglied zur Wahl in die Volksschulkommission vor.

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

Wimmer Dirk (EVP), Rechtsanwalt, wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Volksschulkommission gewählt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. **Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv** (erheblich erklärt am 18. Mai 2009; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 9. Mai 2011; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 18. März 2013; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 4. Mai 2015); **Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Die vorliegende Motion bzw. deren damit verbundener Auftrag scheine eine nimmer endende Geschichte zu sein, wenngleich sich mittlerweile ein Licht am Ende des Tunnels abzeichne.

Die erneute Fristverlängerung erst zum jetzigen Zeitpunkt einzuverlangen und auf das Tapet zu bringen, sei unschön. Allen sei aber bekannt, dass die Stadtratssitzung im Mai mangels beschlussesreifer Traktanden ausgefallen sei, weshalb der Verlängerungsantrag erst heute traktandiert sei.

Der Gemeinderat habe die Wichtigkeit des Anliegens sehr wohl und rasch erkannt. Bereits ein halbes Jahr nach der Überweisung der Motion sowie auch im Zuge eines überwiesenen Postulats habe der Gemeinderat dem Stadtbauamt den Auftrag erteilt, die Nutzung des Mühle-Silos als Archivraum zu prüfen. In der Folge seien die Arbeiten immer wieder – zum Teil wegen neuer Vorstösse oder wegen Mitwirkungsverfahren rund um die Mühlearealthematik – sistiert worden.

Auf dem steinigen Weg der Motion habe das Anliegen im Jahr 2013 eine starke Wendung genommen. Nach der Überweisung des Postulats Freudiger/Zurlinden sei das Gespräch mit der Stiftung zur Förderung wissenschaftlich-heimatkundlicher Forschung aufgenommen worden. Seit Herbst 2014 sei die Firma AfA Archiv GmbH zusammen mit der Forschungstiftung daran, die Archivalien auszudünnen und mit Findemitteln greifbar zu machen. Im Frühling 2014 abgeschlossenen Zusammenarbeitsvertrag sei festgehalten, dass die Arbeiten schätzungsweise im Herbst 2017 abgeschlossen sein werden. Der führende Mann, Herr Simon Kuert, habe ihr persönlich berichtet, dass die Arbeiten bis Ende dieses Jahres beendet sein sollten.

Auch auf einem guten Weg befinde sich die Abklärung zur Standortfrage. Nachdem verschiedene Vorverhandlungen stattgefunden haben, nehme das Ganze jetzt konkrete Formen für eine definitive Standortwahl an.

Beim vorliegenden Verlängerungsantrag werde es sich somit erwartungsgemäss um die letzte Fristverlängerung in dieser Sache handeln. In diesem Sinne bitte sie namens des Gemeinderates, dem Verlängerungsantrag nochmals zuzustimmen.

GPK-Präsident Patrick Freudiger (SVP): Der Vorstoss für das Stadtarchiv habe eine Geschichte, die langsam ein Archiv zu füllen vermöge.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich für die formelle Richtigkeit ausgesprochen, obschon der Stadtrat einer Verlängerung der Bearbeitungsfrist letztmals am 4. Mai 2015 bis zum 18. Mai 2017 zugestimmt habe. Streng juristisch oder gar allzu formalistisch betrachtet, sei die aufgeschobene Bearbeitungsfrist überschritten worden. Gemeinderätin Helena Morgenthaler habe erwähnt, dass die Stadtratssitzung im Mai 2017 nicht stattgefunden habe, weshalb der Verlängerungsantrag dem Stadtrat erst an der heutigen Sitzung zur Genehmigung vorliege. Die Geschäftsprüfungskommission gehe aber trotzdem davon aus, dass die geltenden Fristverlängerungsregeln einzuhalten seien, und, dass nicht damit argumentiert werden sollte, dass die Zweijahresfrist mit der heutigen Sitzung – weil die Mai-Sitzung nicht stattgefunden habe – einhalten worden sei. Die Geschäftskommission vertrete im Grundsatz die Meinung, dass der Stadtrat in solchen Fällen an früheren Sitzungen darüber zu befinden hätte.



Motionär Urs Zurlinden (FDP): Darüber, dass das Geschäft einmal mehr vertagt werde, könnte man sich wirklich ärgern. Die Begründung des Gemeinderats sei aber nachvollziehbar, dass zuerst zu klären sei, was wirklich archivierungswürdig sei und welchen Umfang und welches Volumen die Archivalien einnehmen werden, bevor ein Standort dafür gesucht werde. Von daher sei es verständlich, dass vorgängig eine Bestandesaufnahme vorgenommen worden sei, die hoffentlich bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden könne.

Obschon ihn die Aussage von Gemeinderätin Helena Morgenthaler etwas beruhige, finde er es persönlich nach wie vor bedenklich, dass noch immer kein Standort für das Archiv gefunden worden sei. Gemäss seiner ganz persönlichen Meinung, wäre das Mühlesilo äusserst geeignet dafür, da nebst den städtischen Archiven auch das offizielle öffentliche Archiv gepflegt werden sollte. Auch gebe es viele Firmen in Langenthal, die einen Archivstandort finden möchten. Dementsprechend schlage er vor, sich bei der Standortsuche auf das Mühlesilo zu fokussieren und dessen Sanierung mutig anzugehen.

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Die bereits im Jahr 2009 erheblich erklärte Motion soll am heutigen Abend zum vierten Mal verlängert werden. Gemäss der gemeinderätlichen Berichterstattung sei die Aufarbeitung der Akten bereits weit fortgeschritten und auf guten Wegen. Der Zeitpunkt der Fertigstellung als auch der Ablageort der Akten, sei aber noch immer unklar.

Die FDP/jll-Fraktion erachte die alte Zivilschutzanlage im Elzmattschulhaus als eventuellen Standort für das Archiv prüfenswert. Die Anlage stehe leer und werde praktisch kaum genutzt.

Die FDP/jll-Fraktion sei mit der beantragten Fristverlängerung grundsätzlich einverstanden, hoffe aber auf eine möglichst zeitnahe Umsetzung der Motion.

SVP-Fraktion, Daniel Bösiger (SVP): Die SVP-Fraktion habe die im Bericht und Antrag des ABiKuS vom 21. März 2017 aufgeführten, verschiedenen Gründe, die zu Verzögerungen geführt haben, zur Kenntnis genommen. Mit Spannung werde nun das per Ende Jahr in Aussicht gestellte Ergebnis erwartet.

Die SVP-Fraktion stimme der beantragten Fristverlängerung zu.

Paul Bayard (SP): Natürlich soll der beantragten Fristverlängerung zugestimmt werden. Mit seiner Wortmeldung reagiere er auf die Äusserung von Stadtrat Urs Zurlinden, dass das Mühlesilo als Archivraum dienen soll. Wenn das Mühlesilo für das Archiv genutzt würde, bestünde eine weitere Nutzungsmöglichkeit darin, im Silo auch eine Art Industriemuseum Langenthal unterzubringen. Langenthal habe ein vielfältiges Industrie- und Gewerbekonglomerat, dessen Geschichte nicht nur archivierungs- sondern auch konservierungswürdig wäre.

Am Samstag, 24. Juni 2017 habe die Firma Motorex einen Tag der offenen Tür im Rahmen ihres 100-jährigen Bestehens durchgeführt. Die für diesen Anlass arrangierte Ausstellung werde vermutlich in irgendeinem Keller verschwinden und dort verstauben, was ihn auf die Idee gebracht habe, dass im Mühlesilo beispielsweise eine grüne Etage für die Firma Motorex, eine gelbe Etage für die Ammann Group, eine rote vielleicht für die Gewerkschaften, etc., gestaltet werden könnte.

Beatrice Lüthi (FDP): Gemäss Traktandenliste bestehe der heutige Beratungsgegenstand nicht mehr und nicht weniger darin, die Frist für die Bearbeitungsfrist des vorliegenden Vorstosses zu verlängern. Demgemäss gehe sie davon aus, dass nicht heute zu entschieden sei, ob in Zukunft das Mühlesilo als Archiv und oder als Industriemuseum – mit oder ohne Motorex – diene oder nicht. Im Sinne der Klarheit und auch zu Händen der Materialien erwarte sie eine explizite Antwort auf die formelle Frage zu erhalten, ob sie mit ihrer Annahme richtig liege?

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortbegehren vorliegen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Die Fristverlängerung bis 18. Mai 2019 für die Umsetzung der Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv** (erheblich erklärt am 18. Mai 2009; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 9. Mai 2011; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 18. März 2013; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 4. Mai 2015) **wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Interpellation Zurlinden Urs (FDP), Moser Martina (SP), Steiner-Thaler Anita (EVP), Multerer Thomas (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. Februar 2017: Eröffnungsfeier Stadttheater; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Interpellant Urs Zurlinden (FDP): Obschon über eine Interpellation nicht zu viele Worte verloren werden sollte, sehe er sich veranlasst zu schimpfen. Mehr als ein Fingerzeig in Frageform auf ein ungelöstes Problem eines vergessenen Themas oder eines möglichen Missstandes, könne und wolle eine Interpellation nicht sein. Mit einer Interpellation könne höchstens die Absicht verfolgt werden, die Politik für ein Thema zu sensibilisieren. Mit den vorliegenden Antworten des Gemeinderates auf die Fragen lasse sich aber leider nichts dergleichen erreichen. Die Beantwortung enthalte dermassen viele Ungenauigkeiten und Ausreden, dass es ihm als Interpellant nicht möglich sei, ohne eine Reaktion einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Vor allem der Versuch, der Kulturkommission den Schwarzen Peter für ein ziemlich missglücktes Geschäft zuschieben zu wollen, dürfe nicht unwidersprochen bleiben. Nie und nimmer sei es die Aufgabe der Kulturkommission gewesen, ein Gesamtkonzept für die Eröffnungsfeierlichkeiten vorzulegen, wie dies der Kulturkommission in der Antwort des Gemeinderates (Bericht für die Stadtratssitzung zum Traktandum Nr. 6, Seite 2 oben) unterstellt werde. Die Vorlage eines Gesamtkonzeptes sei weder der Auftrag gewesen, noch die Aufgabe der Kulturkommission, da die Ausarbeitung einem vom Gemeinderat bestimmten Gremium übertragen worden sei.

Fakt sei und bleibe – trotz aller Zick-Zack-Argumentation in der vorliegenden gemeinderätlichen Beantwortung – dass der aktenkundige Entscheid des früheren Gemeinderates, wonach der Vorschlag der Kulturkommission im Hinblick auf die Eröffnungsfeierlichkeiten (Kompositionsauftrag) hätte unterstützt werden sollen, vom neuen Gemeinderat rückgängig gemacht worden sei. Rätselhaft bleibe, weshalb dieser Sachverhalt nicht einfach bestätigt werde, sondern, dass dieser mit technischen Finanzierungsschwierigkeiten begründet, unnötig vernebelt werde.

Fast zynisch wirke die Feststellung, dass den Vereinen, die bei der Aufführung "Ruinen von Athen" mitgemacht hätten, keine finanziellen Nachteile erwachsen seien. Die im Projekt involvierten Vereine hätten sich bereits auf ein Mitmachen eingestellt und ihre Probepläne und ihre Jahresprogramme angepasst. Die Absage des neuen Gemeinderates habe für dementsprechend grossen Frust gesorgt.

Ebenso unverständlich und an den Haaren herbeigezogen, wirke die Ausrede, dass die Kulturkommission nicht informiert gewesen sei, weil die Kommission Anfang Februar noch gar nicht rechtskräftig gewählt gewesen sei. Die früheren Mitglieder der Kulturkommission, die den Kompositionsauftrag lanciert haben, wären via ein einfaches Mail erreichbar gewesen, womit diese hätten informiert werden können.

Der absolute Tiefpunkt in der Argumentation des Gemeinderates, stelle die Belehrung am Schluss dar, dass es bei der Wiedereröffnung rechtlich gesehen, nicht um einen Anlass mit vorwiegend kulturbezogenem Inhalt gehe, weil es sich beim Stadttheater "zufälligerweise" um ein Gebäude handle, in welchem ausschliesslich Kunst betrieben werde.

Da habe jemand eine Idee, wie eine tröge Eröffnungsfeier nach einer 15 Millionen Franken teuren Gebäudesanierung mit etwas Kultur angereichert, gestaltet werden könnte und dann werde diese Idee damit abgetan, dass eine solche Feier rechtlich gar nicht vorgesehen sei. Eine noch peinlichere Ausrede sei kaum denkbar.

Fazit: Anstatt in einer ehrlichen Antwort kurz und bündig festzuhalten, dass der neue Gemeinderat einfach nicht gewillt sei, Geld für eine kulturelle Bereicherung der Stadttheatereröffnung auszugeben, werde krampfhaft nach Ausreden gesucht und falsche Schuldzuweisungen gemacht. Das Stück die "Ruinen von Athen" sei damit zur "politischen Ruine Langenthals" geworden.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

III Abstimmung: (keine)

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 29. März 2017 sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Stiftung Mühle Langenthal – neue personelle Zusammensetzung des Stiftungsrates

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Auf Antrag des Gemeinderates habe der Stiftungsrat Alte Mühle einen personell weitgehend neuen Stiftungsrat mit Wirkung 1. Juli 2017 gewählt. Die Aufgaben des Stiftungsrates Alte Mühle seien in den letzten Jahren von politischen Absichten des Gemeinderates zusehends überschritten worden. Der Gemeinderat und der Stiftungsrat seien deshalb im letzten Jahr übereingekommen, dass der Stiftungsrat der Stiftung Mühle Langenthal idealerweise personell identisch wie der Gemeinderat der Stadt Langenthal, aber ergänzt um die Funktion des Kassiers und des Geschäftsführers, zu besetzen sei. Die Funktion des Kassiers und die des Geschäftsführers müssen gemäss der Stiftungsurkunde vom 27. Januar 2010 auch von Mitgliedern des Stiftungsrates ausgeübt werden.

Die bisherigen Stiftungsratsmitglieder werden darum – mit Ausnahme von ihm (Reto Müller), dem Geschäftsführer (Daniel Steiner) und dem Kassier (Peter Stalder) – in Absprache mit dem Gemeinderat am 30. Juni 2017 in globo zurücktreten. Der Gemeinderat danke den zurücktretenden Stiftungsratsmitgliedern an dieser Stelle herzlich für ihre langjährige Tätigkeit im Interesse der Stiftung Mühle Langenthal und für deren Bereitschaft, die mit dem Gemeinderat vereinbarte Personalunion umzusetzen.

Gemäss Artikel 5 der Stiftungsurkunde vom 27. Januar 2010 wähle sich der Stiftungsrat selber. Auf Antrag des Gemeinderates sei die Wahl an der Stiftungsratssitzung am 20. Juni 2017 erfolgt. Gewählt worden seien alle Mitglieder des Gemeinderates, Herr Daniel Steiner (Geschäftsführer) und Herr Peter Stalder (Kassier). Gemäss Artikel 5.3 der Stiftungsurkunde vom 27. Januar 2010 müsse sowohl der Geschäftsführer als auch der Kassier dem Stiftungsrat zwingend angehören. Der Stiftungsrat setze sich somit vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2019 aus folgenden Personen zusammen:

- Müller Reto, Langenthal
- Gfeller Markus, Langenthal
- Witschi Michael, Langenthal
- Di Nino Roberto, Langenthal
- Morgenthaler Helena, Langenthal
- Wüthrich Matthias, Langenthal
- Masson Pierre, Langenthal
- Stalder Peter, Aarwangen
- Steiner Daniel, Langenthal

Der neu gewählte Stiftungsrat werde sich anlässlich seiner ersten Sitzung selber konstituieren und die weiteren nötigen Formalien zu Händen des Handelsregisters festlegen.

■ Finanzamt – neuer Amtsvorsteher (Thilo Wieczorek)

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Diese Woche habe via Presse bereits zur Kenntnis genommen werden können, dass für das Finanzamt ein neuer Vorsteher gewählt worden sei. Herr Thilo Wieczorek werde sein Amt am 1. Oktober 2017 antreten.



■ Amt für öffentliche Sicherheit (AföS) – neue Amtsvorsteherin (Judith Selma Voney)

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat sei sehr glücklich und überzeugt, mit Frau Judith Selma Voney eine Person angestellt zu haben, die die Arbeit der Stadtverwaltung sowohl in fachlicher wie auch in persönlicher Hinsicht bereichere.

Judith Selma Voney, Vorsteherin Amt für öffentliche Sicherheit: *"Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und sehr geehrte Stadträte, werte Anwesende*

Ich möchte mich eingangs herzlich bedanken, dass ich heute die Gelegenheit habe, mich vorstellen zu dürfen und etwas über meine berufliche und private Herkunft erzählen zu können.

Ich bin zusammen mit einer älteren Schwester in einer Unternehmerfamilie in Bern und Hinterkappelen aufgewachsen. Dort habe ich die Schulen besucht. Nach der Wirtschaftsmatur habe ich an der Universität Bern Rechtswissenschaften studiert. Im Jahr 1993 habe ich mein Studium mit dem bernischen Fürsprecherpatent abgeschlossen. Nach dem Studium habe ich zuerst interimistisch im Konkursamt Bern gearbeitet. Dort habe ich vor allem Strafanträge geschrieben.

Der richtige Berufseinstieg ist mir mit dem Eintritt in die Kriminalabteilung der Kantonspolizei Bern gelungen. Dort habe ich als Polizeioffizierin einen bestimmten Bereich der Spezialfahndung geleitet. Nach zwei Jahren habe ich zusätzliche Funktionen übernommen. Als stellvertretende Kripochefin habe ich verschiedenste Ausbildungen geniessen dürfen. Unter anderem habe ich den schweizerischen Polizeioffizierskurs am schweizerischen Polizeiinstitut in Neuenburg absolviert, was dem heutigen CAS Führung im Polizeieinsatz entspricht. Auch habe ich die einmalige Gelegenheit gehabt, mit einer Ausbildung an der FBI National Academy in Quantico (USA) einen Blick über die Grenze werfen zu können.

Nach 7 ½ Jahren hat es mich zum Bund gezogen, wo ich die Leitung der schweizerischen Meldestelle für Geldwäscherei (MROS¹) übernahm. Die MROS ist eine Art Drehscheibe zwischen dem Finanzplatz Schweiz und der schweizerischen Strafverfolgungsbehörde und zuständig für die Entgegennahme, die Analyse und die Weiterleitung von Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung. In dieser Tätigkeit bin ich sehr international aktiv gewesen. Unter anderem habe ich die Schweiz in der Egmont Group² vertreten. Auch bin ich Delegationsmitglied der Schweiz in der (FATF)³ gewesen, die für die Festlegung von Standards zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zuständig ist.

Nach 12 ½ Jahren hat es mich wieder in die Polizeitätigkeit zurückgezogen. Ich habe innerhalb des Bundesamtes für Polizei in die Bundeskriminalpolizei gewechselt. Dort habe ich die Abteilung Ermittlungen Terrorismus geleitet. Die Abteilung ist auch eine Art Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von Terrorismus.

Am 1. Juni 2017 habe ich meine neue Funktion als Vorsteherin des Amtes für öffentliche Sicherheit angetreten. Ich freue mich, meine Berufserfahrungen aus der Kantons- und Bundesebene in die kommunale Arbeit einbringen zu dürfen. Bereits nach drei Wochen kann ich sagen, dass es für mich eine sehr spannende, interessante und neue Herausforderung ist, viel näher am Bürger zu wirken, was mir glaube ich wirklich sehr gut gefällt.

¹ MROS: "Money Laundering-Reporting Office Switzerland"

² Egmont-Group: weltweite Vereinigung der "Financial Intelligence Units (FIU)"

³ FATF: inter governmental-Arbeitsgruppe der OECD "Financial Action Task Force on Money Laundering"



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Zur Stadt Langenthal selber habe ich eine etwas spezielle Beziehung durch meinen Grossvater, der in St. Urban aufgewachsen und in Langenthal die Sekundarschule besucht hat. Er ist auch bei den Kadetten gewesen und hat seine Schreinerlehre in Langenthal gemacht. Nicht selten bin ich durch Langenthal gefahren, wenn ich meine Grosseltern in Reiden besuchte. Ich muss sagen, dass mir der Oberaargau nicht fremd ist und ich einen persönlichen Bezug dazu habe.

Ich wohne heute in Herrenschwanden bei Bern, zusammen mit meinem langjährigen Lebenspartner. Ich bin Stiefmutter von zwei erwachsenen Söhnen meines Partners und Stief-Grossmutter von zwei herzigen Mädchen sowie stolze Gotte eines neunjährigen Mädchens.

In meiner Freizeit pflege ich sehr gerne meine Familie und Freunde. Ich mache Sport (Nordic Walking und Mountainbike). Ich bereise sehr gerne Länder, die Welt und die Schweiz. Ich muss zugeben, auch gerne zu kochen, aber noch lieber zu essen und dazu ein gutes Glas Wein zu trinken.

Sehr verehrte Stadträtinnen und Stadträte, ich freue mich wirklich, hier das Amt als Vorsteherin AföS und als Polizeiinspektorin auszuüben. Ich werde die Tätigkeit mit grossem Verantwortungsbewusstsein und mit grossem Einsatz ausüben. In diesem Zusammenhang freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit mit euch, mit den Gemeinderäten, mit meinen Vorgesetzten, mit der Stadtverwaltung, mit meinen Mitarbeitenden und mit allen Ansprechpartnern in und um Langenthal herum.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit."

(Applaus)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 A. Eingereichte Motion Hasler Beat (parteilos), Loser Roland (SP), Lüdi Simon (SP), Wüthrich Serge (GL) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Verlängerte Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe und einzelne Anlässe im Sommer

Motionstext:

"Verlängerte Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe und einzelne Anlässe im Sommer

Antrag: Wir beantragen dem Gemeinderat die Umsetzung eines Konzeptes zur Verlängerung der Öffnungszeiten der Gastgewerbebetriebe in einem noch zu definierenden Perimeter in der Innenstadt von Langenthal an ausgewählten Wochenenden (Freitag- und Samstagnacht) der Sommermonate Juni, Juli und August, wie es auch die Städte Thun oder Bern für «mediterrane Nächte» bereits kennen. Es soll damit vorerst in einem Testbetrieb für zwei Sommer und nach Rücksprache mit den weiteren zu involvierenden Kreisen insbesondere ermöglicht werden, die Gäste bis maximal 02:00 Uhr draussen zu bewirten und bei einzelnen grossen Veranstaltungen in Langenthal (wie beispielsweise Hoffest, Wuhrplatzfest oder Street-Festival) auch Musik bis maximal 02:00 Uhr abzuspielen bzw. Konzerte zu spielen.

Begründung: Aufgrund der Veränderungen beim im Sommer herrschenden Klima werden die heisser werdenden Nächte dazu führen, dass sich das Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger insbesondere an den Wochenenden verändern wird. Schon heute sehen wir ein grosses Bedürfnis, schöne und lange warme Sommerabende in Gesellschaft draussen zu verbringen. Die geltenden Überzeitenregelungen schränken diese Möglichkeiten stark ein. Es ist heute auch an Wochenenden nicht möglich, länger als bis 00.30 Uhr draussen Getränke zu konsumieren oder Musik zu hören. Die strikten Regelungen mit Musikschluss draussen um 24.00 Uhr auf öffentlichem Grund wie dem Wuhrplatz sind bedauerlich, wenn Veranstaltungen wie das Street-Festival Langenthal oder das Wuhrplatzfest sowie auf privatem Grund das Hoffest viele Menschen nach Langenthal zusammenbringen. Für die vorliegende Motion wurden Abklärungen mit den Städten Thun und Solothurn sowie Bern vorgenommen, um die Regelungen zu verlängerten Nächten zu vergleichen. Hier wird die Regelung der Stadt Thun explizit erwähnt, wobei die dortigen Konzepte von Frau Janine Jauner abschliessend abgeklärt wurden. Daraus geht hervor, dass aus dem Rechtsdienst Thun bestätigt wurde, dass – nach Rücksprache mit beco und Regierungsstatthalter – sie sich auf insgesamt 12 Nächte (also 6 x 2 Wochenendnächte) beschränken müssen, soweit sie in eigener Kompetenz handeln wollen, da rechtlich gesehen eine fixe Dauer von jedem Wochenende während voller drei Monaten nur über das ordentliche Bewilligungsverfahren beim Regierungsstatthalter zu erreichen wäre. Die Stadt Thun kennt keine «eigenen» Überzeitenbewilligungen im Sinne des Gastgewerbegesetzes (die sind in der Kompetenz des Regierungsstatthalteramts), sondern löst das Vorhaben – in Rücksprache mit dem beco und dem zuständigen Regierungsstatthalteramt – über eine Sonderbestimmung zu den Freinächten, womit sie eine Verlängerung der Öffnungszeiten für eine beschränkte Anzahl Nächte in eigener Kompetenz ermöglichen können. Das sollte nicht mit den üblichen Überzeitbewilligungen vermengt werden, deren Ausstellung und Modalitäten in der Zuständigkeit des Regierungsstatthalteramts liegen.

Nach den Abklärungen mit der Kantonspolizei Solothurn sind dort ebenfalls Bestrebungen im Gange, verlängerte Öffnungszeiten im Sommer zu ermöglichen, allerdings werden Entscheide dazu erst nach den kommenden Stadtpräsidentenwahlen gefällt. Die Stadt Bern kennt ebenfalls das Konzept der mediterranen Nächte für die Sommermonate. Aktuell wird das Thema auch in den Medien vermehrt diskutiert, wobei sich Stadtentwickler einig sind darin, dass die vorgeschlagenen oder bereits installierten Angebote die Attraktivität der Städte steigern können. Wir danken für das Interesse und die Unterstützung unserer Motion."

*Beat Hasler, Roland Loser, Simon Lüdi,
Serge Wüthrich und Mitunterzeichnende*



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



8 B. Eingereichte Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Pilotprojekt für Schulsozialarbeit

Motionstext:

"Pilotprojekt für Schulsozialarbeit"

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Pilotprojekt für Schulsozialarbeit zu lancieren.

Begründung: Schulsozialarbeit ist ein schulergänzendes Angebot, das die Gemeinden zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, Lehrpersonen, Schulleitungen sowie Eltern zur Verfügung stellen können:

- *Sie unterstützt die Schule bei der Früherkennung und -bearbeitung von sozialen Problemen, die den Schulerfolg gefährden oder den Unterricht belasten.*
- *Sie unterstützt Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen und Eltern und vernetzt sie mit Fachstellen und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.*
- *Sie fördert die Integration der Kinder und Jugendlichen und unterstützt damit auch den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule.*
- *Im Unterschied zu anderen bereits bestehenden Unterstützungsangeboten sind die Schulsozialarbeitenden in der Schule persönlich anwesend. Dadurch stellt die Schulsozialarbeit ein niederschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche, Lehrpersonen, Schulleitungen sowie Eltern dar.*

Die Gemeinden im Kanton Bern entscheiden selbst, ob und in welchem Umfang sie Schulsozialarbeit anbieten wollen. Die Erziehungsdirektion hat 2008 einen Leitfaden veröffentlicht, der die Planung und Umsetzung der Schulsozialarbeit in den Gemeinden erleichtert.

Mit der Revision des Volksschulgesetzes (VSG) 2012 hat der Grosse Rat zudem entschieden, dass der Kanton die Gemeinden auch finanziell unterstützt. Artikel 20a des VSG und Artikel 16 bis 20 der Volksschulverordnung (VSV) legen den Umfang der Unterstützung und die Qualitätsrichtlinien fest: Die Gemeinden erhalten einen Beitrag von Fr. 16.00 pro Schülerin oder Schüler mit direktem Zugang zur Schulsozialarbeit, maximal 10% der effektiven Lohnkosten.

Der im April 2017 von der Erziehungsdirektion veröffentlichte Reportingbericht zur Schulsozialarbeit im Kanton Bern bildet das Schuljahr 2015/16 ab und zeichnet Entwicklungen der letzten Jahre nach:

- *Insgesamt profitierten im Schuljahr 2015/16 Schülerinnen und Schüler in 90 Gemeinden von den Leistungen der Schulsozialarbeit. Im Vergleich zum Schuljahr 2013/14 ist ein Anstieg von 30 Gemeinden, die Schulsozialarbeit anbieten, zu verzeichnen.*
- *Wie bereits im Schuljahr 2013/14 ist die Schulsozialarbeit auch im Schuljahr 2015/16 vor allem in grösseren Gemeinden ein etabliertes Angebot: Bis auf Langenthal und Langnau bieten alle Gemeinden im Kanton mit mehr als 1'000 Schülerinnen und Schülern Schulsozialarbeit an. Elf weitere Gemeinden mit 500 bis 1'000 Schülerinnen und Schülern verfügen ebenfalls über ein solches Angebot.*
- *Da fast alle grossen Gemeinden Schulsozialarbeit anbieten, haben 55% aller Schülerinnen und Schüler im Kanton Bern Zugang zu diesem Angebot.*
- *Für das Schuljahr 2015/16 erhielten zehn Gemeinden Fr. 16.00 pro Schülerin oder Schüler ausbezahlt. Alle übrigen Gemeinden, die Schulsozialarbeit führen, erhielten 10% der effektiven Lohnkosten, d.h. weniger als Fr. 16.00 pro Schülerin oder Schüler. Total hat der Kanton Bern für das Schuljahr 2015/16 Fr. 706'062.00 an die Gemeinden ausbezahlt.*



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Seit Februar 2017 ist das Kooperationsprojekt «Schokito» der Kinder- und Jugendfachstelle ToKJO und von Schoio-Familienhilfe in den Gemeinden Roggwil und Wynau wirksam. Jeweils eine Fachperson von Schoio-Familienhilfe und von ToKJO bieten Lehrpersonen und Schulklassen bei Bedarf eine unterstützende und lösungsorientierte Begleitung und Beratung im Schulalltag an. Basierend auf diesen Erfahrungen könnte sich allenfalls die Möglichkeit eröffnen, ein Pilotprojekt für Schulsozialarbeit in Kooperation mit den erwähnten Organisationen ToKJO und Schoio-Familienhilfe zu konzipieren und – mit geklärten Zuständigkeiten der Beteiligten – gemeinsam zu verantworten."

Daniel Steiner-Brütsch und Mitunterzeichnende

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



8 C. Eingereichte Interpellation Dietrich Pascal (FDP) vom 26. Juni 2017: Spielplatzkonzept und Neugestaltung der Kinderspielplätze in Langenthal

Interpellationstext:

"Spielplatzkonzept und Neugestaltung der Kinderspielplätze in Langenthal"

Mit Beschluss vom 20. August 2012 genehmigte der Stadtrat das Projekt zur Umsetzung des Spielplatzkonzepts und bewilligte dafür einen Gesamtkredit von Fr. 1,8 Mio. Das Projekt beinhaltet die Um- bzw. Neugestaltung zehn bestehender Spielplätze sowie die Erstellung drei neuer Kinderspielplätze.

Bereits mit Genehmigung des Jahresberichts 2012 schrieb der Stadtrat am 17. Juni 2013 erstaunlicherweise auch die erheblich erklärte Motion von Anita Steiner-Thaler vom 7. Mai 2012 «Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz» ab.

Inzwischen sind nach dem Wissensstand des Interpellanten drei Spielplätze (Haldeli, Rumipark, Kreuzfeld) saniert worden. Der Presse konnte vor einiger Zeit entnommen werden, das Spielplatzkonzept sei «sistiert» bzw. «dessen Umsetzung vertagt» worden. Ein neuer Spielplatz wurde bisher nicht erstellt. Namentlich verfügt Langenthal weiterhin nicht über einen Erlebnisspielplatz. Selbst wenn man den Spielplatz Haldeli als Erlebnisspielplatz bezeichnen wollte, wäre dieser jedenfalls nicht zentrumsnah, womit die erheblich erklärte Motion von Anita Steiner-Thaler (trotz Abschreibung!) weiterhin ihrer Umsetzung harrt.

Die konkrete Gestaltung der bereits sanierten Spielplätze löst bei Eltern und Kindern nach Wahrnehmung des Interpellanten nicht gerade Begeisterungstürme aus. Das Angebot der Spielgeräte wird namentlich im Rumipark als ziemlich monoton empfunden, vor der Sanierung sei der Spielplatz sogar eher vielfältiger gewesen. Der Blick nach Lotzwil, Bützberg oder auch Thun (Spielplatz beim Kursaal mit Piratenschiff aus Holz) zeigt, welche Resultate mit wohl ähnlichem Aufwand möglich wären; die drei genannten Beispiele entzücken Eltern wie Kinder.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich um Beantwortung folgender Fragen

1. a.) *Wie ist der Stand in der Umsetzung des Spielplatzkonzepts?*
b.) *Was ist der Grund für die Verzögerungen?*
c.) *Welches sind die nächsten Schritte bzw. Umsetzungsprojekte und wann werden diese zeitlich erfolgen?*
2. a.) *Wie stellt sich der Gemeinderat heute zum Anliegen eines zentrumsnahen Erlebnisspielplatzes (vgl. erheblich erklärte und leider bereits vor Erfüllung abgeschriebene Motion Steiner-Thaler)?*
b.) *Zieht er eine Modifikation bzw. punktuelle Überarbeitung des Spielplatzkonzepts in Betracht, um beispielsweise den neuen Spielplatz Langete (vgl. S. 24 des Konzepts und Massnahmenplans, Beilage 2 zum Traktandum 5 der Stadtratssitzung vom 20. August 2012) anstatt als Quartierspielplatz als Erlebnisspielplatz zu gestalten (ähnlich wie der Spielplatz beim Kursaal in Thun)?"*

Pascal Dietrich

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates (Interpellation)**

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 26. Juni 2017

9. In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP): Stadträtin Rahel Lanz (EVP) trete per 30. Juni 2017 aus dem Stadtrat aus. Als aktuell jüngstes Stadratsmitglied habe sich Rahel Lanz immer mit klar pointierten Voten engagiert und eingebracht. Namens des Stadtrates danke sie Rahel Lanz für den Einsatz.

(Übergabe Blumenstrauss unter Applaus)

Rahel Lanz (EVP): *"Ich verzichte auf eine formale Anrede und möchte euch allen kurz Merci für die vergangenen 4 ½ Jahre sagen. Ich habe viel mitgenommen und viel gelernt. Wie in der Presse habe gelesen werden können, habe ich durch den Abschluss meines Studiums eine intensive Zeit hinter mir. Auch die Gründe für meinen Rücktritt sind in der Presse gestanden. Ich danke euch allen für die guten Debatten, für die wertvollen Gespräche – auch ausserhalb des Sitzungsraumes. Ich habe die Begegnungen mit euch allen immer geschätzt und behalte diese prägenden Momente in Erinnerung. Wer weiss schon, was die Zeit bringt. Als das jüngste Stadratsmitglied schliesse ich nicht aus, im Laufe des Lebens nochmal neu anzufangen. Die neu gewonnene Freizeit kann ich jetzt aber brauchen. Ich wünsche allen an dieser Stelle alles Gute, weiterhin spannende, gewinnbringende Debatten und ein gutes Zusammensein."*

(Applaus)

Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP): Die nächste Stadtratssitzung sei auf Montag, 11. September 2017 angesetzt.

Mit dem besten Dank für das engagierte Mitwirken an der heutigen Sitzung, wünsche sie allen eine schöne und erholsame Sommerzeit.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr